

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion
und Expedition 3290

Beilagen: Die neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt
Für unsere Frauen mit illustrierter Modenzeitung

Tr. 46

Danzig, Sonnabend den 25. April 1914

5. Jahrgang

Arbeiter! Parteigenossen! Rüstet zum 1. Mai!

Genossen und Genossinnen!

Zum fünfundzwanzigsten Male rüstet das Klassenbewußte Proletariat zur Feier des 1. Mai.

Das arbeitende Volk muß gerade in diesem Jahre die Maifeier zu wichtigen Kundgebungen gestalten, denn die Reaktion wütet schlimmer als je seit langer Zeit.

Mit Hohn sind in den letzten Jahren die Forderungen nach mehr Schutz und Hilfe für die Arbeiter, ihre Witwen und Waisen zurückgewiesen worden.

Wo immer die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit gestellt worden ist, stets erfolgte schroffe Ablehnung.

Die wirtschaftliche Krise hat Zehntausende zur Arbeitslosigkeit verurteilt und dadurch zahllose Familien der ärgsten Not ausgeliefert. Die geforderte Arbeitslosenfürsorge wurde von der Reichsregierung und der bürgerlichen Reichstagsmehrheit unter nichtigen Vorwänden abgelehnt.

Die Gewerkschaften, die Helfer und Schützer der Arbeiter, werden in der gehässigsten Weise verfolgt. Die Unterstellung der Gewerkschaften unter das Vereinsgesetz und die Verfolgung der Arbeiterjugend sind ebenso deutliche Zeichen des Wirkens der Reaktion, wie die gewaltsame „Erhebung“ der Krankenkassenangestellten in den „Beamtenstand“ und die in den Parlamenten aufgestellte Forderung der Zertrümmerung des Koalitionsrechts.

Schwere Bestrafungen ehrlicher Arbeiter, die Streifbrecher beleidigt haben sollen, sind an der Tagesordnung. Die Freisprechung von Streifbrechern, die organisierte Arbeiter erschossen oder erstochen haben, ruft immer von neuem Empörung hervor.

Die Militärdiktatur wird immer dreister. Das Geschrei nach weiteren Rüstungen immer unerträglicher. Bis an die Zähne bewaffnet stehen die europäischen Großmächte in zwei Dreibünden sich gegenüber, und in der gewissenlosesten Weise wird die Verheerung der Völker durch die kapitalistischen Kriebsinteressenten und ihre Söldlinge betrieben.

Arbeiter, heraus zum Protest!

Wichtig und eindrucksvoll müssen am 1. Mai die Arbeiter demonstrieren für durchgreifenden Arbeiterschutz, für Erweiterung des Koalitionsrechts.

Millionenstimmig muß es den Herrschenden am 1. Mai erneut in die Ohren gellen:

Her mit dem Neujahrsabendtag!
Es lebe der Völkerrfrieden!

Berlin den 25. April 1914.

Der Parteivorstand.

Der Mandatsraub von Ohra

Wie in Preußen Arbeiter entrechtet werden

In Ohra ist das Scham- und Rechtsempfinden längst vor die Hunde gegangen. Das beweist die Tatsache, daß der Amtsergeund Nießte, gegen den seit Monaten eine Untersuchung wegen Amtsverbrechen schwebt, die von dem Strafgesetzbuch mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bedroht werden, sich noch immer in der Postizistenuniform spreizen darf. Das beweist die weitere Tatsache, daß die Wahlzeit bei der letzten Gemeinbewahl so ungünstig angelegt wurde, daß die Arbeiter viele hundert Mark Bohneinbuße auf sich nehmen mußten, um überhaupt erst wählen zu können. Und allen in Ohra bisher verübten Gewalthaten setzt die Ungültigkeitserklärung der rechtmäßig gewählten Gemeindevorteiler Ortschaft und Brill die Krone auf. Mit vierzehn gegen zwei Stimmen sprachen die Ohraer Machthaber diese Ungültigkeitserklärung aus. Das geschah auf Grund zweier Proteste. Der eine stammte von bürgerlicher Seite, der andere war vom Zentrumswahlverein fabriziert.

In dem bürgerlichen Protest war zunächst die Richtigkeit der Wählerliste bestritten. Wähler, die in die dritte Abteilung gehörten, sollten in die zweite gekommen sein. Die Wählerliste sei überhaupt so zusammengestellt, daß die Sozialdemokraten die Mehrheit erhalten mußten. Der Gemeindevorsteher habe auch die Wähler zur Wahl zugelassen, die noch mit den Steuern im Rückstande waren. Und der Zentrumsprotest behauptete dreist und gottesfürchtig, die Wahlhandlung sei zu früh geschlossen worden. Circa 60 Wähler seien um ihr Wahlrecht gekommen, weil sie erst erschienen, als die Wahl beendet war. Der Amtsvorsteher habe wohl bekannt gemacht, daß die Wahl um 2 Uhr beginne. Die Endstunde aber sei nicht angegeben.

Prüfen wir einmal die Bornwürfe. Die Gemeindevählerliste hat im Januar d. Js. öffentlich zu jedermanns Einsicht ausgelegen, ohne daß damals der Einspruch, den die Bürgervereiner heute in ihrem Wahlprotest anführen, geltend gemacht wäre. Ende Februar beschäftigte sich die Gemeindevertretung mit den Einsprüchen einiger Wähler wegen Nichtaufnahme in die Liste. Diese Beanstandungen sind von der Gemeindevertretung entschieden worden. Hat sie das getan, ohne die Liste geprüft zu haben? Wenn das wahr ist, was die Protestler behaupten — ob es wahr ist, ist nach ein ander Ding —, dann hätten sie bei der Auslegung der Wählerliste protestieren müssen. Nachdem die Wählerliste vor der Wahl ordnungsgemäß ausgelegen hat, kann sie nach der Wahl nicht angefochten werden, weil deren Ausgang der unterlegenen Partei nicht paßt. Dann soll die Wählerliste so aufgestellt sein, daß die Sozialdemokraten siegen mußten. Für die Anfertigung der Liste ist der Gemeindevorsteher verantwortlich. Herr Lind, der bisher seine schützende Hand über das System Welsche hielt, als geheimer Förderer der Sozialdemokratie: ist das nicht ein Bild von größter Lächerlichkeit? Und solchen Unsinn bringt man als Protestgrund herbei! Leute sollte gewählt haben, obwohl sie mit den Steuern im Rückstand waren. Paragraph 44 der Gemeindeordnung ist hier zu unrecht angezogen. Wer seine Steuern zur Zeit der Aufstellung der Wählerliste nicht entrichtet hatte, durfte nicht in die Liste aufgenommen werden. Ist er aufgenommen, dann hat er auch das Wahlrecht. So befaß eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts. Der Gemeindevorsteher hätte Benachrichtigungen mit dem Wahltermin an die Wähler geschickt, ohne daß sie jeder Wähler erhalten hätte, heißt es im Wahlprotest weiter. Ziemlich jede Großstadt und viele kleinere Orte verschäffen bei Wahlen solche Aufforderungen. Viele Hunderte erhalten jedoch die Benachrichtigungen nicht, weil sie nicht zu finden sind. Da müßten nach der Meinung der Protestler alle diese Wahlen ungültig sein. Das ist mehr als kindliche Logik. Und erst gar der Zentrumsanspruch! „Zirkel 60 Wähler“ sollen um ihr Wahlrecht gekommen sein, weil sie nach Beendigung der Wahlhandlung erschienen. Genannt ist nicht einer dieser Armen. Ist das nicht schon toll? Über der Verantwortlicher selber hat die Wahlhandlung geleitet. Zweimal

hat er laut und vernehmbar gefragt, ob noch Wähler da wären. Er hat nach seiner Aufforderung noch eine Weile gewartet. Und als dann niemand erschien, mußte er wohl oder übel schließen. Kennen denn die schwarzen Profiteure den Unterschied zwischen einer Fristwahl und einer Terminwahl nicht? Aber der blödsinnig-dumme Zentrumsprotest wird richtig erst durch den Antrag der Sozialdemokraten beleuchtet, die Wahl an einem Sonntag vorzunehmen, damit alle Arbeiter wählen könnten. Dieser Antrag wurde von derselben Gemeindevorstellung abgelehnt, die heute dem Zentrumsprotest Folge gibt.

Nein, nicht ein Satz ist davon mag zu eskamotieren.
Ortscheid und Brill sind richtig und in ehrlicher Weise gewählt. Aber Gewalt ging vor Recht. In Ohra soll die Wahrheit keine Stätte haben. Noch wie vor sollen die armen Ohraer Steuerzahler unter dem Joche der Interessenherrschaft stehen. Wir werden darüber in den nächsten Wochen manches zu sagen haben. Der Beschluß der Gemeindevertretung wird selbstverständlich auf dem Aagewege von uns angefochten. Einige Monate werden an Ortscheids und Brills Stelle zwei Leute ihr Mandat ausüben, deren Wahlzeit längst abgelaufen ist. Aber schließlich wird das Recht siegen. Die Klassenbewußte Arbeiterklasse Ohras weiß es zu schätzen. Die Mandatsräuber triumphieren umsonst. Wenn die Würfel zur letzten Entscheidung fallen, wird der Sieg unser sein. Jetzt leiste jeder der 278 Wähler Brills einen heiligen Eid: Ortscheid und Brill kommen allen Dunkelmännern zum Troh doch in die Gemeindevertretung! Proletarier, tragt die schwarz-bürgerliche Schande in die letzte Arbeiterstätte und werbt neue Rekruten für die künftige Schlacht!

Die Beschlusfassung stand als vierter Verhandlungsgegenstand auf der Tagesordnung der Gemeindevortretersitzung vom 23. April. Die Sache ging mit staunenswerther Nüchternheit vor sich. Geschwindigkeit ist eben keine Heterie. Nach dem die Proteste vorgelesen waren, bekämpfte der Gemeindevorsteher mit ein paar lauen Worten die Einsprüche. Er führte an, es sei nur bei der Aufstellung der Wählerlisten ein großer Fehler gemacht. Herr Scharping gab sich den Anschein, als ob er sehr scharf dem Gemeindevorsteher den Vorwurf mache, dieser habe nicht in den Aushängelästen bekannt gegeben, daß es eine Terminwahl sei und warum der Vermerk auf der Benachrichtigung gedruckt wurde. Herr Oberführte aus, so wie diesmal in Ohra gewählt wurde, sei es das erstemal geschehen und da hätte der Gemeindevorsteher dies besonders bekannt machen müssen. Ueber die Wahlbenachrichtigung sagte er, der Gemeindevorsteher hätte keinen oder allen eine Aufforderung zustellen müssen. Herr Kratz stellte nun einen Schlußantrag. Genosse Temp wies darauf hin, daß die Wahl nur darum für ungültig erklärt werden soll, weil zwei seiner Freunde gewählt wurden. Die Wählerlisten sind von der Gemeindevortretersitzung als richtig anerkannt worden. Temp beantragte, die Wahl für gültig zu erklären. Beschlossen wurde gegen Besch. und Recht mit vierzehn gegen die beiden Stimmen unserer Genossen und bei der Stimmenthaltung des Dr. Böhnheim, die Wahl sei ungültig. Damit war der Wahlrechtsraub vollbracht. Kaufmann Hoppenrath und Fleischermeister Schwedtker stimmten auch für den Wahlrechtsraub.

In der nächsten Nummer berichten wir mehr aus dieser interessanten Sitzung.

Politische Uebersicht

Deutschland

Berlin, 23. April. In den nächsten Tagen wird dem Reichstag die Denkschrift über die Enteignung der Duala-Neger zugehen. Wie offiziös angekündigt wird, behandelt die Denkschrift auch die Vorgeschichte und den Briefwechsel, der in dieser Angelegenheit zwischen dem Gouvernment und dem Kolonialamt geführt wurde, aber nur soweit das zur Beurteilung notwendig ist. Die Vorlegung dieses Briefwechsels in der Urschrift, bis zum Jahre 1909 zurück, hat das Kolonialamt abgelehnt.

In der Denkschrift wird man also ein sorgfältig prüftes Atteststück bekommen, denn das Kolonialamt hat ganz eigenmächtig darüber entschieden, was zur Beurteilung der Angelegenheit notwendig ist. In der Kommission haben die Vertreter des Kolonialamts, als die Vorlegung des Briefwechsels in der Urschrift gefordert wurde, kein Wort dagegen gesagt. Die Bedenken sind der Kolonialverwaltung offenbar erst später gekommen, vermutlich erst dann, als die Deutsche Tageszeitung

dieses Verlangen der Reichsversammlung als unberechtigt bezeichnet. Die Reichsversammlung der Verlegung des Briefwechsels in der Urkunde, deutet aber unbedeutend darauf hin, daß in dieser Angelegenheit nicht alles so ist, wie es nach Gesetz und Recht sein mußte.

Der Regierungswechsel in Uffah-Cathringen wird jetzt offiziell bekannt gegeben. Danach wird der Generaladjutant General der Kavallerie Graf v. Wedel von dem Amt als Statthalter in Uffah-Cathringen zum 1. Mai d. J. abberufen und in diesem Zeitpunkt der Statthalter v. Dollfus zum Statthalter in Uffah-Cathringen ernannt. Ferner wird an Stelle des am 1. Mai d. J. zum Statthalter in Uffah-Cathringen ernannten Statthalter v. Dollfus der General v. Dollfus der Oberpräsident a. D. v. d. R. v. d. R. v. d. R. zu diesem Zeitpunkt zum Statthalter in Uffah-Cathringen ernannt.

In einem Schreiben des Kaisers vom dem abgehenden Statthalter der wichtige Punkt der freien und unbefangenen Tätigkeit in der Statthaltertschaft und in anderen militärischen und diplomatischen Funktionen auszusprechen und er in den Ausübung zu erheben. Der Brief ist in Rom am 18. April unterzeichnet worden mit der Unterschrift des Kaisers.

Der Lindwurm. Das gräfliche Hagetum der Sekundärwaldkategorie im preussischen Landtag ist noch nicht erledigt, es wagt sich noch immer durch die Hallen des Reichstages. Es ist 70 Wahlkreisrechner und aufgetreten und haben im Durchschnitt in je 100. Minuten das Eigentum ihrer Wähler vertreten; ungefähr 40 haben noch auf der Liste. Ob sie alle herankommen, ist eine andere Frage, denn am Freitag will man auch noch einige kleine Verlagen erledigen.

Der Bürgermeister Alexander. Zur Entlassung des Rostocker zweiten Bürgermeisters erklärt jetzt der Magistrat der Stadt Weissenfels, bei der Bewerbung Alexanders um den Posten als Magistratschef sei diesem mitgeteilt worden, daß er weder für jetzt noch später auf Gehalt noch feste Anstellung rechnen könne. Darauf fandte Alexander mit seiner Lebensbeschreibung ein Zeugnis eines Kammergerichtsrats ein und hat sich ihm, da keine Eltern gestorben seien, ein kleines Gehalt zubilligen möge. In der Antwort des Magistrats ist gesagt worden, daß er weder auf Bezahlung noch feste Anstellung rechnen solle. Darauf trat Alexander am 16. Januar 1911 in Weissenfels ein und schied im November 1911 wieder aus. Einen Einblick in die Karriere des Entlassenen gewährt der selbstverfaßte Lebenslauf, in dem sich Alexander als energischen Kommunalpolitiker empfiehlt. In der Gesellschaft von Weissenfels war Thormann-Alexander höchst beliebt. Ein wirklicher Jurist mußte in einer Gesellschaft dem vermeintlichen Kollegen beim Tanz die Zigarre aus dem Munde nehmen. Er hatte den Spitznamen „Alexander der Große“, weil er damit renommierte, er sei mit dem Direktor der Deutschen Bank in wichtiger Mission in Konstantinopel gewesen. Aus Nordhausen wird berichtet, daß man dort eine Bewerbung Thormanns um eine Magistratsassistentenstelle abgelehnt habe, weil sein Benehmen zu aufdringlich gewesen sei. Im Untersuchungsgefängnis in Meißel gab der Entlassene eine ausführliche Schilderung seines Lebenslaufes. Er sei lediglich aus dem Grunde dazu gekommen, sich einen falschen Namen beizulegen, weil es ihm wegen früherer Verfehlungen unmöglich war, eine Stellung zu gewinnen.

Danziger Nachrichten

Was müssen die Arbeiter vom preussischen Einkommensteuergesetz wissen?

Die Steuerpflichtigen mit einem Jahreseinkommen von 900 Mark und 900 Mark werden von der Steuerbehörde veranlagt. Steuerpflichtige mit einem Einkommen von mehr als 3000 Mark müssen eine Steuererklärung abgeben. In die niedrigen Einkommen mit dem letzten Betrag zur Steuer herangezogen zu können, bestimmt das Gesetz, daß, wer Personen beschäftigt, deren Einkommen jährlich 3000 Mark nicht übersteigt, auf Verlangen der Steuerbehörde verpflichtet ist, über das Einkommen solcher Personen Auskunft zu erteilen. Diese Bestimmung hat zur Folge, daß die niedrigen Einkommen weit scharfer erfaßt werden als die höheren. Die Arbeiter, die bei der herrschenden Teuerung unter der drückenden Steuerlast am meisten leiden, haben deshalb alle Veranlassung, die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes kennen zu lernen und sie zu beachten, um sich vor Schäden zu bewahren. Wir wollen deshalb, und weil die Steuerveranlagung wieder bevorsteht, die für die Arbeiter hauptsächlich in Betracht kommenden Gesetzesbestimmungen nachstehend kurz erläutern.

Wer ist steuerpflichtig?

Steuerpflichtig sind: 1. sämtliche preussischen Staatsangehörigen und 2. die Angehörigen anderer Bundesstaaten, sowie Ausländer, die in Preußen einen Wohnsitz haben. Als Wohnsitz gilt beim Seeschiffer der Heimathafen und beim Binnenfahrer der Heimatsort des Schiffers. Solche preussischen Staatsangehörigen, die ohne in Preußen einen Wohnsitz zu haben, sich seit mehr als zwei Jahren dauernd im Ausland aufhalten, sind nicht mehr steuerpflichtig. Wer sich also unter zwei Jahren im Ausland aufhält, muß in Preußen Steuern zahlen, mit Ausnahme der in Oesterreich lebenden Preußen.

Welches Einkommen ist steuerpflichtig?

Steuerpflichtig ist das Einkommen von mehr als 900 Mark aus: 1. Kapitalvermögen, wie Zinsen, auch von im Ausland angelegtem Kapital; 2. Grundvermögen, Pachtungen und Mieten, einschließlich des Mietwertes der Wohnung im eigenen Hause, auch aus Abvermieten eines Zimmers, wofür etwa 25 bis 30 Mark in Ansatz gebracht werden; 3. Handel und Gewerbe, aber nur das Einkommen aus einem erlaubten, nicht aus einem gegen die guten Sitten verstoßenden Gewerbe, wie Kuppelerei usw.; 4. gewinnbringender Beschäftigung, sowie aus Rechten auf periodische Hebungen und Vorteile irgend welcher Art. Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung ist beim Arbeiter insbesondere der Arbeitslohn, auch der Geldwert von Naturalbegehren und der Mietwert freier Wohnung, ferner Trinkgelder und Weihnachtsgratifikationen. Einnahmen aus Rechten auf periodische Hebungen sind die Unfall-, Invaliden- und Altersrenten, sowie Miteigent- und andere Rentenbezüge.

Was ist als Einkommen nicht zu versteuern?

Nicht steuerpflichtig sind u. a.: Unterstützungsgelder aus Kranken- und Gewerkschaftskassen; Unterstüßungen und andere Zuwendungen, die von dem freien Willen des Gebers abhängen und nicht als Gegenleistung für eine Tätigkeit des Empfängers gelten können; Geschenke, Lotterien, Spiels- und

Wettgewinne; Aufwandsentwädigungen für Erfüllung staatsbürgerlicher Pflichten; Pensionserhöhungen (Pensionen dagegen sind steuerpflichtig) und Verstümmelungszulagen der Kriegs- oder Friedensinvaliden, sowie die mit Kriegsdekorationen verbundenen Ehrensold. Außerordentliche Einnahmen aus Erbschaften, Schenkungen und Lebensversicherungen gelten als Vermehrung des Stammvermögens und sind daher als Einkommen nicht zu versteuern.

Was ist vom Einkommen in Abzug zu bringen?

Es sind u. a. abzugsfähig: 1. Die Aufwendungen zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung des Ertrages (Verbinderkosten). Als solche gelten insbesondere: Geschäftsausgaben, Beiträge zur Erlangung der Arbeitsstelle; Kosten für Instandhaltung und Abnutzung eines Fahrrades, wenn der Arbeiter in der Nähe der Arbeitsstelle keine Wohnung erhalten kann; besondere Aufwendungen für Wohnung und Bekleidung eines auswärts arbeitenden und wochentags von seiner Familie abwesenden Arbeiters; besondere Ausgaben für Arbeitskleidung und Handwerkszeug, z. B. für Wäsche und Kleidung bei Bauern, Kellnern und Musikern, für Handwerkszeug bei Maurern, Tischlern, Zimmerern, Erd- und Feldarbeitern; die für den Dienstherrn geleisteten Ausgaben, wie die Zulagen bei Schneidern; Prozeßkosten zur Erlangung des Arbeitslohnes. Da die Arbeiter in viel höherem Maße als alle anderen Klassen zur Steuer herangezogen werden, und ihr Einkommen viel scharfer erfaßt wird, müssen soviel als möglich Werbungskosten in Abzug gebracht werden.

2. Die Beiträge zu den Berufsammern, wie Landwirtschafts-, Handels-, Handwerker-, Anwalts-, Ärzte- und Apothekerammern. Dagegen nicht die Verbandsbeiträge, obwohl doch gerade diese für den Arbeiter zur Sicherung und Erhaltung des Lohnes dienen und daher als Werbungskosten abzugsfähig sein müßten.

3. Schuldzinsen, z. B. die für ein Darlehen zu zahlenden Zinsen, aber nicht Kapitalabtragungen.

4. Renten und dauernde Lasten, die auf Privatrechtsverhältnissen beruhen. Als solche kommen in Betracht: Miteigent, Unterhalts- und Rentenerpfluchtungen, die auf einem Grundstück lasten, aber auch solche, die jemand aus moralischen Erwägungen übernommen hat. Hat sich z. B. ein Mann zur Unterstützung des aus einer früheren Ehe seiner Frau stammenden Stiefsohnes, oder ein Bruder zur Unterstützung seiner Schwester verpflichtet, und ist diese Verpflichtung rechtsgültig (gerichtlich oder notariell beglaubigt) eingegangen, so stellt sie eine abzugsfähige dauernde Last dar. Ferner fallen darunter die durch Vertrag oder Urteil bei einer Ehescheidung einem Teile auferlegten Alimente.

5. Die von dem Steuerpflichtigen geleisteten oder vertragsmäßig zu entrichtenden Beiträge zu Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherungs-, Witwen-, Waisen- und Pensionskassen, soweit sie zusammen den Betrag von 600 Mark jährlich nicht übersteigen. Diese Beiträge sind jedoch nur für die Versicherung des Steuerpflichtigen selbst und für seine Angehörigen, deren Einkommen ihm hinzugerechnet wird, abzugsfähig, und ferner auch nur dann, wenn ein klagbarer Anspruch gegen die Kasse besteht.

6. Versicherungsprämien, welche für Versicherung des Steuerpflichtigen oder eines nicht selbständig zu veranlagenden Haushaltsangehörigen auf den Todes- oder Lebensfall gezahlt werden, soweit sie den Betrag von 600 Mark jährlich nicht

Die Götter dürften

Roman aus der französischen Revolution von Anatole France

201

Ein Buzinger mit lebhaften Augen und wulstigen Lippen, der Bürger Beauvillage vom Ueberrückungsausschuß, befragte die zur Tribüne verwandelte Kanzel, die mit einer roten Mütze geschmückt war.

„Die Generale verraten uns“, sagte er: „Sie liefern unsere Heere dem Feinde aus. Die Oesterreicher schicken Kavallerie bis nach Peronne und Saint-Denis vor. Toulon hat sich den Engländern ergeben, die dort vierzehntausend Mann ausgeschifft. Selbst im Schoße des Konvents verschwören sich die Feinde der Republik. Im Paris Chamberlain man zahllose Komplote zur Befreiung der Oesterreicherin. In diesem Augenblick laßt das Gerücht um, daß der Sohn Capets aus dem Temple entronnen sei und im Triumph nach Saint-Cloud geführt werde. Man will ihn auf den Thron des Tyrannen setzen. Die Teuerung der Lebensmittel, die Entwertung der Assignaten sind die Frucht der Mächtigkeiten die die Agenten des Auslandes in unsern Häusern, vor unsern Augen anstellen. Im Namen der öffentlichen Wohlfahrt fordere ich den Bürger Beauvillage auf, die Verschwörer und Verräter unerbarmlich zu richten.“

Während er von der Tribüne herabstieg, erschossen Stimmen in der Versammlung.

„Nieder mit dem Konventionstribunal! Nieder mit den Gemäßigten!“

Ein dicker Mann mit blühenden Farben, der Bürger Dupont der Vektore, Richter von der Place de la Terreur, befragte die Tribüne. Er wollte, wie er sagte, eine Anfrage an den Konventionsrat richten. Und er fragte Gamelin, welche Stellung er gegenüber den Verschwörern und der Dünne Capet einnahm?

Erstarrte war schüchtern und verstand nicht scharf zu reden. Aber die Erwählung ergriß ihn. Er stand auf und sagte bleich und mit dumpfer Stimme:

„Ich bin Beamter. Mein Gewissen ist meine einzige Richtschnur. Ich habe versprochen, das ich hier ablegen würde, wäre pflichtwidrig. Ich soll vor Gericht reden, aber sonst über- all schweigen. Ich kenne euch nicht mehr. Ich bin Richter; ich kann weder Freunde noch Feinde.“

Die Versammlung war unruhig, unsicher und schwankend, wie alle Versammlungen. Man schaute Belfall. Daß der Bürger Dupont widerholte seine Frage: er verzog es Gamelin nicht, daß er jetzt ein Amt bekleidet, nach dem er selbst gestrebt hatte.

„Ich begreife“, fuhr er fort, „ja ich billige die Bedenken des Bürgers Beauvillage. Er gilt für patriotisch; möge er

sich prüfen, ob sein Gewissen ihm erlaubt, in einem Gerichtshof zu sitzen, der die Feinde der Republik vernichten soll, aber entschlossen ist, sie zu schonen. Es gibt Fälle von Missethat, denen ein guter Bürger sich entziehen muß. Ist es doch notorisch, daß mehrere Geschworene dieses Gerichtshofes sich von den Angeklagten beiseite ließen, ja daß der Präsident Montane eine Fälschung begangen hat, um den Kopf der Charlotte Cordan zu retten!“

Bei diesen Worten hallte die Kirche von lautem Applaus wider. Der letzte Schall brach sich noch an den Wänden, als Fortune Trubert die Tribüne bestieg. Er war in letzter Zeit sehr abgemagert. Sein Antlitz war bleich; die roten Backenfalten drangen tief durch die Haut; seine Lider brannten und die Augen waren verglast.

„Bürger!“ rief er mit schwacher, leuchtender und doch merkwürdig durchdringender Stimme. „man darf das Konventionsgericht nicht verdächtigen, ohne zugleich den Konvent und den Wahlfahrtsausschuß, von dem es abhängt, anzuklagen. Der Bürger Beauvillage hat uns beunruhigt mit der Angabe, daß der Präsident Montane das Verfahren zugunsten einer Schuldigen beeinflusst hat. Warum fügte er zu unserer Beruhigung nicht hinzu, daß Montane auf Anzeige des Staatsanwalts abgelegt und eingekerkert worden ist? ... Kann man der öffentlichen Wohlfahrt nicht dienen, ohne überall Verdacht auszustreuen? ... Gibt es keine Talente, keine Tugenden mehr im Konvent? Sind Robespierre, Couthon, Saint-Just keine Ehrenmänner? Es ist auffällig, daß die befragten Neben stets von solchen kommen, die nie für die Republik gekämpft haben! Wenn sie so reden, machen sie sie nur verächtlich. ... Bürger: weniger Barm und mehr Arbeit! Mit Kanonen, nicht mit Geschrei retten wir Frankreich. Die Hälfte der Keller des Bezirks ist noch nicht ausgeleert. Mehrere Bürger halten noch beträchtliche Mengen von Bronze zurück. Wir erinnern die Reichen, daß patriotische Gaben für sie die beste Sicherheit sind. Unser Wohltätigkeit empfehle ich die Frauen und Töchter unserer Soldaten, die sich an der Grenze und an der Loire mit Ruhm bedecken. Einer von ihnen, der Huser Augustin Pommer, früher Kellner aus der Rue de Jerusalem, wurde am 10. letzten Monats vor Conde, als er Pferde zur Tränke führte, von sechs oesterreichischen Reitern angefallen. Er stieß zwei und nahm die anderen gefangen. Ich beantrage, daß der Bezirk erklärt: Augustin Pommer hat seine Pflicht getan.“

Diese Rede fand Beifall und die Bezirksmitglieder trennten sich mit dem Rufe „Vive la Republique!“

Gamelin, der allein mit Trubert in der Kirche zurückblieb, brühte diesem die Hand:

„Ich danke dir! Wie geht's?“

„Mir? Ausgezeichnet! Ausgezeichnet!“ antwortete Trubert, indem er, plötzlich aufstehend, Blut in sein Taschentuch spie. „Die Republik hat viele äußere und innere Feinde und unser Bezirk allein hat recht viele. Aber die Starren werden

nicht mit Geschrei, sondern mit Eifer und mit Gesetzen gegründet. ... Guten Abend, Gamelin! Ich habe ein paar Briefe zu schreiben.“

Und er ging mit dem Taschentuch vor den Lippen in die ehemalige Sakristei.

Die Bürgerin Gamelin trug ihre Rotarbe jetzt fester am Hute und hatte in kürzester Frist bürgerlichen Anstand und republikanischen Stolz angenommen. Sie benahm sich jetzt würdig, wie es der Mutter eines Geschworenen ziemt. Die Achtung vor der Justiz, in der sie aufgewachsen, die Ehrerbietung vor der Richterrobe, die sie von klein auf empfunden, der heilige Schrecken, der sie stets beim Anblick jener Männer ergriffen, denen Gott sein Recht über Leben und Tod hienieden anvertraut hat, alle diese Gefühle machten ihr ihren Sohn, den sie bis vor kurzem noch für ein halbes Kind hielt, ehrwürdig, hehr und heilig. In ihrem schlichten Sinne empfand sie die Fortdauer der Justiz in den Wirren der Revolution so lebhaft, wie die Gesetzgeber des Konvents die Kontinuität des Staates trotz des Wechsels der Regierungsform fühlten, und das Konventionstribunal erschien ihr nicht minder majestätisch als alle früheren Gerichtshöfe, die sie zu verehren gelernt.

Der Bürger Brotteau befragte dem jungen Geschworenen eine mit Ueberraschung gemischte Anteilnahme und eine erzwungene Ehrerbietung. Wie die Bürgerin Gamelin sah auch er die Fortdauer der Justiz unter allen Regierungsformen; doch im Gegensatz zu der guten Frau verachtete er die Revolutionsgerichte genau so, wie die Gerichtshöfe der alten Zeit. Diesen Gedanken wagte er zwar nicht offen auszudrücken, aber stillschweigend konnte er auch nicht; und so erging er sich denn in Paradoxien, von denen Gamelin nur so viel verstand, daß er ihn für gesinnungslos hielt.

„Das hohe Gericht, in dem Sie alsbald sitzen werden“, sagte er einmal zu ihm, „ist vom französischen Senat zur Wohlfahrt der Republik eingesetzt. Es war gewiß ein tugendhafter Gedanke unserer Gesetzgeber, ihren Feinden Richter zu geben. Diesen Edelfinn begreife ich wohl, doch politisch scheint er mir nicht. Mir dünkt, es wäre geschickter gewesen, ihre unverwundlichen Gegner im stillen fortzuräumen und die übrigen durch Geschenke oder Versprechungen zu gewinnen. Gerichtsurteile werden langsam gefällt und rufen mehr Furcht als Schaden hervor; sie dienen vor allem zur Abschreckung. Ihr Nachteil besteht darin, daß sie alle, die dadurch erschreckt werden, zu Leidensgenossen machen; und so entsteht aus einem Haufen entgegengesetzter Interessen und Leidenschaften eine große Partei, die zu gemeinsamen und gefährlichen Taten schreiten kann. Sie säen Furcht aus; aber noch mehr als der Mord bringt die Furcht Heiden hervor. Möge es Ihnen erspart bleiben, Bürger Gamelin, eines Tages Wunder an Furcht gegen sich ausbrechen zu sehen!“

(Fortsetzung folgt.)

Danziger Nachrichten

Schwurgericht.

1. Wer ist der wahre Schuldige? Der frühere Hufschweizermeister Fr. W. war auf der Station Kantschin als Hufschweizermeister beschäftigt und hatte auch zeitweilig die Fahrkartenausgabe zu besorgen. Er erhielt das tägliche Gehalt von 2,50 Mark pro Tag. Diesen hohen Lohn bekam er nach vierjähriger Dienstzeit; im ersten Jahre hatte er sogar nur 2,10 Mark Tagelohn. Davon mußte er monatlich 4,20 Mark Beiträge zahlen. Weitere Einnahmen hatte der Beamte nicht.

Am Freitag mußte sich W. vor dem Schwurgericht Danzig verantworten wegen Unterschlagung im Amte und falscher Führung amtlicher Bücher. Der Angeklagte ist 28 Jahre alt und wegen Unterschlagung verurteilt. Die Strafe hat er bei der Aufnahme in den Eisenbahndienst verstritten.

Im August 1913 wollten vier Hufschweizermeister, die dort im Manöver waren, von Kantschin nach Loba fahren. Für diese Strecke sind Fahrkarten zweiter Klasse nicht vorgegedruckt. W. mußte deshalb Fahrtscheine ausfüllen. Diese befinden sich in Blöcken zu je 25 Stück und sind fortlaufend nummeriert. Jede Nummer ist doppelt. Einen Schein erhält der Fahrgast, der andere bleibt im Block und dient zur Kontrolle. Der Angeklagte fertigte zwei Karten vorschriftsmäßig an, nahm aber die beiden anderen Karten aus der Mitte des Blocks und vernichtete die Blätter, die zur Verrechnung und Kontrolle dienen. Den Preis der letzten Fahrtscheine, ungefähr 10 Mark, verwendete er für sich. Einige Wochen später stellte er einen Fahrtschein nach Neustadt aus, vernichtete wieder das Duplikat und lieferte den Betrag von 6,20 Mark nicht ab. In beiden Fällen trug er den Verkauf der Fahrtscheine, entgegen der Dienstvorschrift, nicht in das Fahrkartenausgabebuch ein. Als eines Tages dem Bahnhofsvorsteher ein Fahrtschein fehlte, meldete er das der Fahrtscheinkontrolle. Diese sammelte die ausgegebenen Fahrtscheine und stellte fest, daß W. den fehlenden Schein ausgefüllt hat. Die Untersuchung ergab ferner die Unterschlagung der beiden Fahrtscheine im August v. Js.

Der Angeklagte ist in allen Punkten geständig. W. hatte Schulden und wurde um Zahlung gedrängt. Er fürchtete seine Stellung zu verlieren. (Beamte dürfen keine Schulden haben, auch bei 2,50 Mark täglichem Einkommen nicht.) und vergriff sich an dem Gelde des Eisenbahnfiskus, um seine Gläubiger zu befriedigen. Die Zeugen bestätigten die gemachten Angaben.

Der Spruch der Geschworenen lautete: der Angeklagte ist der Unterschlagung amtlicher Gelder und der Fälschung amtlicher Bücher in zwei Fällen schuldig. Die Frage nach mildernden Umständen wurde bejaht.

Wäre sie verneint worden, so hätte auf eine Zuchthausstrafe erkannt werden müssen.

Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von sieben Monaten. Er gab zu, daß das Gehalt sehr niedrig gewesen ist, und daß der Angeklagte sich in einer Notlage befand.

Das Urteil lautete auf acht Monate Gefängnis. Auch in der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß das Gehalt des Angeklagten sehr niedrig gewesen ist. W. sei aber auch leichtsinnig gewesen. Er sei aber Beamter gewesen und Unterschlagungen amtlicher Gelder müßten streng bestraft werden.

Diese Verhandlung war kein Ruhmesblatt für die preussische Eisenbahnerverwaltung. Wenn die Unterschlagungen im Amte besonders hart bestraft werden, hat der Fiskus die Pflicht, für ausreichende Gehälter zu sorgen, damit die Beamten nicht wegen einer Lappalie ihre Existenz und Gefängnisstrafe riskieren. Im preussischen Landtage wird immer mit den hohen Ueberflüssen der Eisenbahnerverwaltung geprunkt. Diese Verhandlung hat gezeigt, daß das Pochen darauf besser unterbleibe. Staatsanwalt und Richter sind der Ansicht, daß ein monatliches Gehalt von 75 Mark niedrig ist. Hoffentlich merken sich das alle die, die immer über sozialdemokratische Verheerung sprechen, wenn wir auf die niedrigen Löhne der unteren Beamten und Arbeiter hinweisen.

Verleumder.

Am 23. April äußert sich das Westpreussische Volksblatt, das Spezialblatt für christliche Wahrhaftigkeit, wieder zu unserer Abfertigung seiner gegen die Genossen Wesołowski und Kautsky gerichteten Angriffe. Die Erklärung, durch die Genosse W. die Unwahrhaftigkeit des zentrumschwarzen „Arbeiterführers Krause und des Zentrumsblattes in unserer Nummer 42 abstrafte, teilt es seinen Lesern natürlich wieder nicht mit. Dafür hält es mit den gequältesten Phrasen die Beschuldigung aufrecht, daß Wesołowski die Unwahrheit über die Veranstaltung der zentrumschwarzen Straßenreinigerversammlung gesagt habe. Das Blatt und sein gleichwertiger Informator behaupten sogar dreist, daß W. die Unwahrheit durch seine gegenteilige Erklärung gegeben habe! Dieser alte Jesuitentrick verblüfft uns nicht. Auch die Beschimpfung des Genossen Wesołowski gehört durchaus zum moralischen Handwerkszeug der schwarzen Demagogen. In ihrer „nationalen“ Jugendreinheit fühlen sie sich des Staatsanwalts so sicher, daß sie die Ehre Andersgefinnter, wie es der biedere Oberjunker Chianono ganz offenerzogen lehrte, als vogelfrei betrachten.

Man darf sich deshalb auch nicht wundern, daß der ehrenwerte Krause in diesem „Artikel“ ganz offen eingesteht, mit der Beschimpfung Lumps den Genossen Wesołowski gemeint zu haben! Er — ein anderer Verfasser kommt gar nicht in Frage — schreibt schließlich christlich: „Wie man in den Wald hineinst, so schallt es auch heraus, und wenn die Lumpenjane pakt, der möge sie sich anziehen.“

So zynisch schimpft ein patentierter Vertreter des Christentums! Der Fiel hierüber wird aber bei weitem dadurch übertroffen, daß das schwarze Schandblatt die Verleumdung gegen den Genossen Kautsky noch immer aufrecht erhält, und sogar wiederholt! Gegenüber dieser krankhaften Ver-

logenheit verlagert jede Widerlegung. Auch unser Appell an seinen geistlichen Verantwortlichen, den Pfarrer Lomaxki, ist nutzlos verhallt. Die Zentrumsblätter dürfen aber niemals — lügen. Die infame Beschimpfung, daß Kautsky die Unwahrhaftigkeit den Gegnern gegenüber für erlaubt erklärt hat, haben wir gerade dem Westpreussischen Volksblatt häufig obgestraft. Wir und die Königsberger Volkszeitung haben ihm sogar nachgewiesen, daß selbst Zentrumsblätter die Beschuldigung als unwahr mit Bedauern zurück genommen haben. Es besteht also kein Zweifel, daß das heilige Blatt die Ehre des Genossen Kautsky wider besseres Wissen in den Kot zertr. Das dürfen wir nicht länger dulden. Die Rheinische Zeitung hat deshalb schon vor einiger Zeit gegen die Königsberger Volkszeitung einen anderen Ausweg gewählt. Sie erklärte den Verfasser der auch von diesem „vornehmsten“ Zentrumsblatt gegen Kautsky erhobenen gleichen Beschuldigung für einen infamen Verleumder und forderte ihn auf, deshalb wegen Verleumdung zu klagen. Diese Klage wurde berna auch schnellig, es war nämlich gerade vor einer Gewerkegerichtswahl mit großer Entrüstung erhoben und dann in aller Stille wieder zurückgezogen!

Diese Riesenblamage des führenden rheinischen Zentrumsblattes kennt auch das Westpreussische Volksblatt. Uns bleibt kein anderes Mittel, um seine krankhafte Ehrabschneideri zu verhindern und es zu einigermaßen gestitztem Benehmen zu zwingen.

Wir erklären deshalb hiermit den Urheber seiner Beschuldigungen gegen den Genossen Kautsky für einen ehrlosen Verleumder und fordern ihn auf, gegen uns die Verleumdungsklage zu erheben, damit wir dieses Urteil gerichtlich bestätigen lassen können!

Klagt das Blatt nicht, und nimmt es auch die Verleumdung nicht zurück, dann hat es sich selbst für alle Zeit gerichtet!

Dentisten und Zahnärzte.

betätigen sich gemeinsam als Helfer der mit Zahnerden behetzten Menschheit. Das Publikum macht in ihrer Werbung auch keinen Unterschied und schätzt sie meist gleichwertig ein. Allgemein werden auch Dentisten für Zahnärzte gehalten, zumal ihre Leistungen dieser Ansicht nicht widersprechen. Tatsächlich sind die Dentisten Männer der praktischen Arbeit. Ihnen werden die Wege nicht durch akademisch-junkelnde Vorrechte geebnet. Sie müssen sich allein durch ihr Können gegen die bevorrechtigte Konkurrenz der Zahnärzte durchsetzen.

Sehr eigenartig ist nun die Art, wie die Zulassung der Dentisten im Vorstande der Allgemeinen Ortskrankenkasse behandelt wurde. Zuerst wurde mit großer Mehrheit ihre Zulassung beschlossen. Auch die Zentrumschwarzen und die freisinnigen Damenrechtlerinnen stimmten dafür. Der Oberst Bester war sogar empört, als der Vertreter des Vorstehenden von seiner unentschiedenen Haltung sprach. Dann wurde mit Zahnärzten und Dentisten verhandelt. In der Sitzung des Ausschusses wurde ohne Widerspruch auch die Zulassung der Dentisten gefordert. Da brachte der Vorwärts eine seltsame Nachricht, die auch wir übernommen haben. Er behauptete, nach dem Beschluß der Zulassung habe unter den „nationalen“ Mitgliedern des Vorstandes eine Besprechung stattgefunden, um die Zulassung der Dentisten trotz des Beschlusses zu verhindern. Zur „Begründung“ sei geltend gemacht, daß die sozialdemokratischen Vorstandsmitglieder deshalb für die Dentisten gestimmt hätten, weil die Sozialdemokratie auf ihre Stimmen für Wahlen spekuliere!

Nicht lange darauf beschloß dann der Vorstand gegen die Stimmen der Sozialdemokraten tatsächlich die Aufhebung des Zulassungsbeschlusses! Die Zentrumschritten und ihre freisinnigen Bundesgenossen stimmten nun geschlossen und ohne Wimperzucken gegen ihren früheren Beschluß. Nur unsere Genossen blieben ihrer Stellungnahme treu.

Genosse Bartel hatte schon früher in einer Vorstandssitzung Auskunft gefordert, ob die geheime Sitzung zur Vernehmung der Dentisten stattgefunden habe. Er erhielt, wie wir mitgeteilt haben, nur eine ausweichende Bestätigung. Am 22. April beantragte er im Vorstande wieder die Zulassung der Dentisten und forderte unter genauer Schilderung des Sachverhalts Auskunft darüber, ob die Dentisten tatsächlich in der geheimen Sitzung mit der politischen Begründung abgeurteilt worden seien. Nur der alles beweisende Rechtsanwalt Fabian äußerte sich ganz kurz dazu und bestätigte durch die ausweichende Phrase „von solchen Redensarten“, daß jene Ungeheuerlichkeit Tatsache ist! Trotz dem wurde der erneute Antrag auf Zulassung der Dentisten von dem bürgerlichen Block wieder niedergestimmt! Nur unsere Genossen iraten dafür ein!

Diese Vorgänge beleuchten die neutrale Arbeit besonders der Zentrumschritten in der Ortskrankenkasse einzigartig.

1. Die unpolitische Fortbildungsschule. In dem Treppenturm der Fortbildungsschule hängen in reiklamhafter Aufmachung Photographien der Marine-Jugendwehr. Wir glauben kaum, daß der Direktor das Aufhängen von Werbeplakaten für die Arbeiter-Jugend gestatten würde.

Die Krankenkasse Irene Selbsthilfe hält Sonntag, nachmittag 1/2 3 Uhr, im Gewerbehause, Heilige Geiststraße Nr. 82, Eingang Zwirngasse, ihre Generalversammlung ab. Die wichtige Tagesordnung rechtferligt, wie wir auf Ersuchen mitteilen, den zahlreichen Besuch durch die Mitglieder. Wir verweisen auch auf das Inserat in dieser Nummer.

4130 Kubikmeter Holz für ein Schiff. Welch ungeheure Mengen Holz für ein einziges unserer neueren Riesenschiffe gebraucht werden, zeigt die Holzwelt an einem schlagenden Beispiel. Sie zieht nicht die Kolosse der „Imperator“-Klasse heran, sondern berechnet nur die Holzmenge, die bei dem jetzt auf der Danziger Schichauwerft seiner Vollendung entgegengehenden Kolossus des Norddeutschen Lloyd gebraucht worden ist. Bei dem Schiff, das eine Länge von 236,20 Meter,

eine Breite von 25,30 Meter und einen Bruttoreumgehalt von 35 000 Register-tonnen hat, wäre ein Wald von der Ausdehnung eines unserer größten Allergüter notwendig, um den Holzbedarf zu decken; wären es lauter Stämme von 30 Zentimeter Durchmesser und 10 Meter Höhe, dann hätten 6000 solcher Bäume für diesen Bau gefällt werden müssen.

Arbeiterjugend. Sonntag, den 26. April 1914, morgens 8 1/2 Uhr, im Kartellzimmer: Vortrag des Genossen Leu: Wanderungen der Tiere in der Urzeit. Nach dem Vortrag findet eine Besichtigung des Museums statt. Zu dieser Veranstaltung sind auch junge Leute, die nicht der Arbeiterjugend angehören, herzlich willkommen, ebenso Erwachsene.

Danziger Standesamt vom 24. April.

Danzig.

Todesfälle: Fleischermeister Louis Schöne, 56 J. 6 M. — S. des Arbeiters Karl Tuschel, 3 J. 3 M. — Arbeiterin Gertrud Bendisch, 20 J. 9 M. — Frau Johanna Julianne Buß, geb. Nehtau, fast 80 J. — Frau Wilhelmine Wagerzynski, geb. Braun, 68 J. 8 M. — Arbeiter Edwin Laß, 43 J. 1 M. — Witwe Anna Laube, geb. Beschmarowitz, 69 J. 1 M. — S. des Arbeiters Otto Schmidt, totgeb. — S. des Hofbesizers Johannes Hinz, 15 J. 5 M. — Witwe Rosalie Orzenda, geb. Wittkewitz, 40 J. 7 M.

Danzig-Langfuhr.

Todesfälle: Frau Emilie Maybaum, geb. Kamrau, 71 J. 3 M. — Witwe Luise Drossel, verw. Behrend, geb. Witte, 68 J. 10 M.

Polizeibericht vom 24. April.

1. Verhaftet: 16 Personen, darunter 2 wegen Diebstahls, 2 wegen Betrugs, 1 wegen Trunkenheit.
2. Diebstahl: 2 Personen.
3. Gefunden: 1 braunes Portemonnaie mit über 5 Mark; 1 goldene Damenuhr mit Monogramm; 1 zusammenklappbare Schere, gezeichnet H. Paulus, abzuholen binnen Jahresfrist aus dem Fundbureau des Kgl. Polizei-Präsidiums.

Aus Westpreußen

Parteiung für Westpreußen

Der diesjährige Parteitag findet Sonntag den 14. Juni 1914 in Elbing im Volkshaus, Holzstraße 4, statt. Die Verhandlungen beginnen pünktlich 10 1/2 Uhr vormittags.

Tagesordnung:

1. Politische Rück- und Ausblicke. Referent ein Mitglied des Parteivorstandes.
2. Bericht des Provinzvorstandes. Berichterstatter Julius Gehl.
3. Die Presse. Berichterstatter Adolf Bartel.
4. Bildungsbestrebungen und Jugendbewegung. Berichterstatter Georg Leu.
5. Anträge.

Zur Teilnahme am Parteitag sind berechtigt:
1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Ortsvereinen. Die Wahl der Delegierten erfolgt nach Maßgabe der Mitgliederzahl. Es können gewählt werden: in Ortsvereinen bis zu 100 Mitgliedern ein Delegierter, bis 200 zwei, bis 300 drei, bis 600 vier, bis 1000 fünf, über 1000 für je 200 ein Delegierter. Die Vertretung richtet sich nach der vom Provinzvorstand auf Grund der an ihn abgeschickten Beiträge festgestellten Mitgliederzahl. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll unter den Delegierten möglichst ein Genossin sein;

2. die Mitglieder des Provinzvorstandes;
3. die Reichstagsabgeordneten oder Reichstagskandidaten der Provinz;
4. ein redaktioneller und ein geschäftlicher Vertreter der Volkswacht;
5. Vertreter des Parteivorstandes;
6. die vom Provinzvorstand benannten Referenten.

Die Kosten für die Delegierten tragen die Ortsvereine. Auf Antrag kann der Provinzvorstand die Kosten für einen Delegierten solcher Ortsvereine übernehmen, die nicht imstande sind, die Kosten zu tragen.

Die Kosten für die übrigen Teilnehmer tragen die Ortsvereine, die sie delegieren.

Anträge zum Parteitag sind spätestens zwei Wochen vor dem Parteitage dem Provinzvorstand einzureichen.

Delegierte, die in Elbing übernachten wollen, wenden sich an den Genossen Hermann Schulz, Elbing, Herrnstraße 26.

Der Provinzvorstand.

A. A.: Julius Gehl.

Elbing-Marienburg

Tuberkulose bei den Schulkindern.

In einer der letzten Nummern der Herzlichen Rundschau sind einige interessante Berichte über die Schulkindertuberkulose enthalten. Danach sind in der zwischen dem Säuglingsalter und der Pubertät liegenden Zeit alle Zwischenstufen und Uebergänge, besonders aber alle Anfänge der Tuberkulose überhaupt, enthalten. Die Exposition ist in der Schule sehr groß, und zwar sowohl von den Lehrern als von den Mitschülern aus. Die größte Zahl der an Tuberkulose erkrankten Lehrer erliegen während der Dienstzeit. Es kommen also tatsächlich Fälle von offener Schrebertuberkulose in der Schule vor. Ueber die Zahl der Schulkinder mit offener Tuberkulose sind leider noch wenig sichere Angaben vorhanden. Nach den Feststellungen der Chemnitzer Auskunfts- und Fürsorgestelle und der Volksärzte gelang es, auf eine Durchschnittszahl von 44 000 Schulkindern im Laufe von drei Jahren 74 Kinder mit offener Lungentuberkulose zu ermitteln, also zwei auf 1000. Weiter konnte festgestellt werden, daß die Zahl der schwer blutarmen Kinder der tuberkulösen entspricht. Der Höhepunkt befindet sich im vierten und fünften Schuljahre, eine Zeit, die auch der Pädagoge als eine schulpflichtige bezeichnet. Es müßten also zwischen Schularmut und Tuberkulose innere Beziehungen bestehen, die man bisher noch zu wenig beachtet hat.

Feuer brach in Elbing in der Spiritusbrennerei von Sauerhering aus. Durch Unterwasserlehen des Kesslers wurde ein Weitergreifen des Brandes verhindert.

Ein schwerer Unfall ereignete sich auf dem Bau der Kaserne. Der Maurer Müller hat von einer Leiter und erlitt schwere innere Verletzungen und einen Bruch des linken Unterarmes. Müller wurde ins Krankenhaus gebracht.

Stuhm-Marienwerber

Verhaftet wurden in Marienwerder die Händler Franz Spedowski und Johann Karpinski aus Graudenz. Sie waren in ein Haus eingedrungen um zu stehlen. Die Verhafteten werden beschuldigt, noch weitere Diebstahle begangen zu haben.

Schwach

Zur Nachwahl in Schwach

wird uns noch geliebten:

In ganz Westpreußen wird ständig eine Sozialisten- und Polenbewegung getrieben. Aber in Schwach ist das noch mehr als anderswo der Fall. Die Verbitterung zwischen Deutschen und Polen ist denn auch entsprechend groß und kennt ebensolche keine Grenze. Wer während der Wahlbewegung im Kreise war, konnte sehr leicht feststellen, daß politische Unterschiede zwischen diesen Parteien gar nicht in die Erscheinung traten. Die Deutschen waren fröhlich und taten einen deutschen Kandidaten durchzuführen und die Polen einen der ihrigen. Bei der Auswahl des Kandidaten kam denn auch weniger ihre politische Haltung in Betracht. Die Kandidaten waren dieselben, wie bei den letzten beiden Wahlen. Haken kandidierte für die Deutschen, Schönbauer für die Polen und Wagner für die Sozialdemokraten.

Der Landrat v. Halem legte über den Wahlen mit rund 1200 Stimmen ab. Diese Tatsache war vor- auszusehen. Selbst die Polen glaubten nicht an einen Sieg ihrerseits, weil viele ihrer Leute in dieser Jahreszeit außerhalb ihres Wohnortes beschäftigt sind. Diese Tatsache erklärt auch ihren übermässigen Nachwuchs in dem Rückgang der Polensimmen.

Für die Sozialdemokraten war die Situation äußerst schwer. Parteimitglieder sind nur 22 vorhanden. Der einzige Ortsverein, der in diesem Kreise vorhanden ist, befindet sich in seinem östlichen Teile, in den Dörfern Michelsau und Dragau bei Graudenz. Außerdem sind einige Mitglieder in der Stadt Schwach vorhanden. Versammlungen können nur in Schwach abgehalten werden. In allen anderen Orten besteht für die Partei keine Versammlungsmöglichkeit.

Der Bezirksvorstand hat diese Verhältnisse natürlich erkannt, als er beschloß, sich an der Wahl zu beteiligen. Es kam ihm hauptsächlich auf die Nationen und die Aufklärung der Wähler an. Zu diesem Zweck wurden 10.000 Flugblätter in dem Teile des Kreises verteilt, der für unsere Agitation überhaupt nur in Betracht kommt und das ist der Teil an der West- und Neuenburg bis Graudenz. Der übrige Teil des Kreises der zur Tuchlerhaide gehört, besteht, mit Ausnahme einiger Dörfer, für unsere Agitation unwirksam aus. Das wurde Flugblattverbreiter aus manchen Dörfern mit heftiger Haut bekommen, war nur ihrer unwilligen Taktik zuzuschreiben. So kamen von der einen Seite in ein Dorf hinein, belegten die Arbeiterkassen, Kassen und Holzplanken mit Flugblättern und Schindeln und verhielten sich auf der anderen Seite des Dorfes so schnell, als sie gekommen waren. Belegt wurden u. a. Olsch, Lippitz, Warlubien, Rammersdorf, Hadenberg, Rastow, Heinrichsdorf, Bafow, Graudenz, Dreikow, Gr. Joppitz und eine Reihe anderer Dörfer. Sehr häufig konnte die Wahrnehmung gemacht werden, daß gleich nach der Verbreitung der ersten Flugblätter eine Aufregung sich bei den Empfängern zeigte, die das Schicksal für unsere Leser nicht abzuheben. In Polshen hatte jemand ein sozialdemokratisches Flugblatt und einen Zettel an einen Sozialisten geschickt und an die Straßenseite konnte man sehen, wie er sich wahrhaftig um den hohen Sozialisten auszuheben. Der trafen wir eine große Fülle deutscher Agitatoren die, als sie uns sahen, sofort schrien: „Dem kommen die Sozialdemokraten“. Das war für uns natürlich ein sehr liebender Empfang. Trotzdem haben wir uns nicht ruhig hingelassen. Wir haben uns mit einem auf unsere Flugblattverbreiter von der Arbeit, so zu sagen, wieder andere beauftragt, um zu sehen, ob die Arbeiter Marie zu schlagen vor dem ersten Teil.

Dah unter diesen Umständen die Arbeiter außer- schwer war und der Erfolg nur gering sein konnte, war von Hause aus für jeden Menschen, der die Zustände in der Stadt kennt, ohne weiteres klar. Was ist der Zweck der

ist für uns zunächst wenig zu hoffen. Wie die Dinge dort liegen, beweist die Wahl vom 30. Dezember 1912. Damals sollte dort eine Versammlung abgehalten werden, für die Partei und die Arbeiter als Redner vorgesehen waren. Die Versammlung wurde von einem Mannern einfach gesprengt. Das geschah einen Tag vor der Wahl. 300 Personen waren erschienen. Am Wahltag erhielten wir in der Stadt Schwach nicht eine Stimme. Diesmal erhielten wir in der Stadt Schwach be- reits 47 Stimmen. Unsere Stimmenzahl wäre hier sicher etwas höher gewesen, wenn die Arbeiter nicht wenige Wochen vor der Wahl Schwach verlassen hätten. Hier und in Neuenburg wird es die Aufgabe der Parteiorganisation sein, zunächst organisatorisch zu wirken. Leider steht uns in Neuenburg kein Lokal zur Verfügung. Eine Sitzung in einem abgelegenen Lokal sollte Wahlarbeit erschweren. Zwei Polizeibeamte erschienen in ihr und verhinderten durch ihre Anwesenheit die Besprechung. Der Ausgang der letzten Wahl befriedigt nicht. Aber die Tatsache, daß die Polen mit 1200 Stimmen hinter den Deutschen zurückblieben, wird dem Teil der Arbeiterwähler, der immer noch an einen Vorkriegsstand glaubt und dem entsprechend wählt, zeigen, daß diese Ansicht irrig ist. Nun wird es uns leichter werden, diese Leute mit der Zeit zu sozialdemokratischen Wählern und Aktivist zu machen. Wenn diese letzte Wahl kein Vertrauen dann können wir auch in Schwach nicht auf einen besseren Erfolg in Zukunft rechnen.

Die Liberalen Wähler hatten wie immer keinen eigenen Kandidaten aufgestellt. Sie haben damit, wie Herr Dr. Keller in seinem Wahlkreis schreibt, ein großes Opfer gebracht und ihre innerste Überzeugung preisgegeben.

Wir glauben noch nie an die Möglichkeit der Liberalen. Und doch ist eine innere Überzeugung haben, bezweifeln wir sehr leicht. Eine wirkliche innere Überzeugung muß auch nach außen hin bei gewissen Anlässen als solche wahrnehmbar sein, aber davon haben wir wirklich noch nichts gemerkt.

Liberal sein eine innere Überzeugung haben und sie be- stätigen gar nicht. Das haben die Liberalen schon immer selber beteuert.

Thorn-Rulm-Briesen

Der seiner Hochzeit plötzlich gestorben ist in Thorn der Anführer der Rulm. Am kommenden Sonntag sollte die Hoch- zeitsfeier stattfinden. Rulm wurde auf einem Wagen vom Krankenhaus überbracht und war kurz darauf tot. Ein Herz- schlag war die Ursache des Todes.

Wegen Kindesmordes verhaftet wurde die 17 Jahre alte Marie Stephan aus Groß-Lunau. Sie hat ein Kind, das sie heimlich geboren, zunächst erstickt und dann hinter der Scheune vergraben. Von Gemeindefürsorge gepeinigt, offenbarte sie sich ihrem Vater, worauf das Mädchen verhaftet wurde. Das Kind soll zunächst gelebt haben.

Neustadt-Pugig-Rathaus

Als ein spätes Opfer des Massenmordes auf der Zeche Hedder bei Hamm (Westf.) starb der 35jährige Bergmann H. Schod aus Pölsch. Am 12. November 1908 verun- glückte auf Hedder 300 Bergleute durch schlagende Wetter. Schod wurde mit einer schweren Schädelverletzung gerettet. Eine Sektion der Leiche ergab, daß ein großes Stück der Schä- delknochen fehlt. Unter dem Schädelknochen wurde sogar Kohlen- staub vorgefunden.

Schmiergelder für Gendarmen

In dem Bestechungsprozeß gegen die drei Gendarmerie- Wachmeister vor dem Kriegsgericht der 2. Garde-Division beantragte am Mittwoch der Verteidiger, Justizrat Dr. Winter- feidt, die Hauptbelastungszeugen Willi Friedländer und Gen- darmwachmeister Schulz nicht zu vereidigen. Friedländer sei vollständig unglaubwürdig und habe auch augenscheinlich die Unwahrheit gesagt, er sei vielfach wegen aller möglichen Delikte bestraft und habe ein großes Interesse, die Angeklagten zu belästigen. Schulz habe am 26. Mai 160 Mk. Bestechungs- gelder als Beamter angenommen, im weiteren Verlaufe noch mehr Bestechungsgelder. Er habe mit den Angeklagten, von denen ihm bekannt war, daß sie Bestechungen zugänglich seien, kameradschaftlich verkehrt und erst Anfang September 1913, also nach länger denn drei Monaten, als die Be- stechungen in den Zeitungen veröffentlicht wurden und ein strafrechtliches Verfahren im Gange war, augen- scheinlich aus Angst die 160 Mk. abgeliefert und die Sache

gemeldet. Er sei mithin der Mittäterschaft dringend ver- dächtig. Er sei außerdem vollständig unglaubwürdig, denn es sei nicht glaubhaft, daß ihm die Buchmacher, ohne daß sie ihren Namen nannten, daß sie sich vorstellten usw., 160 Mark zustellten. Der Vertreter der Anklage beantragte die Vereidigung der beiden Zeugen. Der Gerichtshof beschloß nach sehr langer Beratung, beide Zeugen zu vereidigen, da die Aussagen nicht unglaubwürdig erschienen und der Gendarmerie- Wachmeister Schulz nicht der Mittäterschaft verdächtig sei. Es soll alsdann auch Kriminalkommissar von Mantuffel, Dezerent für das Spielwesen beim Berliner Polizeipräsidium, als Sachverständiger über die Praktiken der Buch- macher auf den Rennplätzen vernommen werden. Auf An- trag des Vertreters der Anklage beschloß der Gerichtshof, während der Vernehmung des Sachverständigen im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung die Öffentlichkeit aus- zuschließen.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit wurde die Be- weisaufnahme für geschlossen erklärt. Der Vertreter der An- klage, Kriegsgerichtsrat Mahkopf, trat energisch für eine strenge Bestrafung der Angeklagten ein, deren Verfehlungen unzweifelhaft festgestellt seien. Bei der Strafzumessung sei zu erwägen, daß die Gendarmeriewachmeister ihr wichtiges Amt in schändester Weise mißbraucht und zu einer pekuniären Einnahmequelle gemacht hätten. Es liege ein schwerer Fall vor; mildernde Umstände seien den Angeklagten zu verlasen. Er beantragte gegen Hahneberg zwei Jahre Zuchthaus, Aus- stoßung aus dem Heere und drei Jahre Ehrverlust, gegen die Angeklagten Suchland und Ergleben je ein Jahr Zuchthaus, Ausstoßung aus dem Heere und je zwei Jahre Ehrverlust. Der Verteidiger, Justizrat Winterfeldt, führte in längerer Rede aus, daß nur ein Indizienbeweis vorliege; daraufhin könne man un- möglich alle bewährte Beamte, die sich vorzüglich geführt haben und denen von den Vorgesetzten das beste Zeugnis ausgestellt sei, ins Zuchthaus schicken. Er beantragte in erster Reihe die Freisprechung, eventuell könne nur ein minder schwerer Fall angenommen werden, der mit Gefängnis bestraft werde. Der Angeklagte Hahneberg bemerkte: Ich bin in Gottes- furcht und Königstreue von meinen Eltern erzogen worden; ich habe 24 Jahre den Reichsdienst geleistet, in Ehren ge- tragen, ich bin vollständig unschuldig und erwarte mit voller Zuversicht meine Freisprechung. — Die beiden anderen An- geklagten erklärten ebenfalls, daß sie unschuldig seien und bitten um ihre Freisprechung. Nach kurzer Beratung ver- kündet der Verhandlungsführer, daß das Urteil Donnerstag vormittag 11½ Uhr gesprochen werden wird.

Das Kriegsgericht der 2. Garde-Division verurteilte am Donnerstag nach fünfjähriger Verhandlung den Gendarmerie- Wachmeister Hahneberg wegen fortgesetzter Bestechung zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, Degradation und Entlassung aus der Gendarmerie, den Angeklagten Gendarmwachmeister Suchland wegen fortgesetzter Bestechung zu 1 Jahr Gefängnis, Degradation und Entlassung aus der Gendarmerie. Der An- geklagte Gendarmwachmeister Ergleben wurde wegen Mangel an Beweisen freigesprochen. Der Gerichtshof beschloß außerdem, die Bestechungsgelder der verurteilten Angeklagten in Höhe von je 300 Mark für den Staat einzuziehen. — Der Verhandlungsführer Kriegsgerichtsrat Dr. Bornhold bemerkte in der Urteilsbegründung: Der Gerichtshof hat die Schuld der Angeklagten insbefo, deren durch die Aussage des einwand- freien Zeugen Gendarmwachmeisters Schulz als nachge- wiesen erachtet. Bei der Strafzumessung ist erwogen worden, daß die Verführung infolge des Verhaltens der Buchmacher sehr groß war, ferner, daß die Angeklagten sich sehr gut ge- führt haben. Deshalb ist ein minderschwere Fall angenommen worden. Es ist ferner erwogen worden, daß die Angeklagten das Vertrauen ihrer Vorgesetzten und ihr Amt als Gendar- merie-Wachmeister mißbraucht haben. Die Angeklagten hatten die Aufgabe, dem Buchmachergewerbe zu steuern und die Buch- macher zur Anzeige zu bringen. Sie haben jedoch durch An- nahme von Geschenken und Geldzuwendungen dem Buch- machergewerbe noch Vorschub geleistet. Die Gendarmen haben sich deshalb ihres Amtes unwürdig erwiesen und mußte auf Degradation und Entlassung aus der Gendarmerie erkannt werden.

Gewerkschaftliches

— Der Textilarbeiterverband im Jahre 1913. Der wirt- schaftliche Kampf der Textilarbeiter hat im Jahre 1913 wesent- lich unter der heftigen Krise gelitten, von der die Textilindustrie ganz besonders stark betroffen wurde. Hatte das Jahr 1912 in verschiedenen Branchen leichte Besserungen gebracht, so

Es prüfe wer sich
ewig bindet



und vor der Wahl steht ein Waschmittel zu kaufen, weiches sich nicht nur am Waschtage selbst, sondern auch für die Dauer wäscheschonend erweist. Weichseikönigin-Seife erfüllt alle Bedingungen. Es ist daher eine große Frage

ob sich für's Geld
was Besseres findet

Berufskleidung

Arbeitsanzüge für Monteure, Schlosser, Dreher usw. Blaue Jacken u. Hosen, Drillich-Hosen, Nesselhemden, Leinen- hemden eigener Anfertigung, daher bequemer Sitz

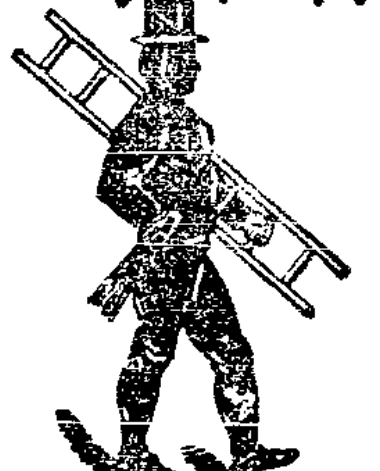
empfehlen

Ertmann & Perlewitz
Danzig, Holzmarkt Nr. 23, 25, 26

Barzahlung 4 Prozent Rabatt

[281]

Am Tüferrhein



Angeht jenseitig Arbeit von
Anfertigung von
- Gulepseln -
Anfertigung von
Bilder von

Freiläufe m. Rück- 1265
werden gut repariert sowie neue
Teile angefertigt Tüferrhein 28.
Sing Schwarzerhof m. Gebauer u.
andere Bauerz. verl. Tüferrhein 4. 11.

brachte das Jahr 1913 nichts als Rückschläge. Mit Ausnahme der Zute und der Wirterei war wohl keine einzige Branche zu verzeichnen, die nicht über mangelhafte Beschäftigung zu klagen gehabt hätte. Die Arbeitslosenziffern stiegen von Monat zu Monat ganz rapid. Bis zur Mitte des Jahres ging die Mitgliederziffer aufwärts und die Arbeitslosenziffer fiel, absolut wie relativ. Es wirkten also noch die im Vorjahre eingeflehten leichten Besserungen in verschiedenen Branchen nach. Mit Beginn des zweiten Halbjahres fehlte aber ein völlige Umschwung ein, die Mitgliederziffern fielen und die Arbeitslosenziffern stiegen. Am Schlusse des Jahres wurde die Arbeitslosigkeit 2,49 Prozent erreicht. Das ganze Jahr weist im Durchschnitt mehr als doppelt so hohe Arbeitslosenziffern auf, wie das Vorjahr. In der Textilindustrie ist ein Prozentfach von 2,49 ein geradezu unheimlicher. Ehe die Textilindustriellen zu Entlassungen schreiten, werden alle anderen Mittel versucht. Die Arbeitszeit wird ganz erheblich verkürzt, oft bis zu drei Tagen in der Woche, es muß tagelang ausgefehlt werden, es werden weniger Maschinen bedient und so fort. Die Unternehmer in der Textilindustrie wissen sehr genau, daß es fast unmöglich ist, Textilarbeiter, die in andere Industrien abgewandert sind, der Textilindustrie wieder zurückzugewinnen. In Zeiten guten Geschäftsganges setzen sie vielfach geübte Arbeitskräfte.

Das Jahr 1912 brachte der Organisation 326 Bewegungen in 766 Betrieben mit 73 896 Beteiligten, dagegen das Jahr 1913 nur 187 Bewegungen. An Zahl der erfassten Betriebe und der an Bewegungen beteiligten Personen war der Kampf im Jahre 1913 allerdings umfangreicher als im Jahre 1912. Im Berichtsjahre waren in 783 Betrieben insgesamt 84 255 Personen beteiligt. Während 1912 an 77 Streiks und Aussperrungen 18 244 Personen beteiligt waren, wurden im Berichtsjahre 44 Streiks und Aussperrungen mit 38 151 beteiligten Personen geführt. Fast die Hälfte weniger Streiks, aber mehr als doppelt so viel Beteiligte. Von ganz besonderer Bedeutung war der Kampf der Färber in Krefeld, nicht nur wegen seines Umfanges — es waren 2348 Personen daran beteiligt, darunter vom Textilarbeiterverband 2108 —, sondern auch wegen der die Interessen der Arbeiter ganz ungemein schädigenden Haltung der christlichen Organisation. Es mährte zu weit führen, die Handlungsweise der Christen hier ausführlich zu schildern. In Kürze erscheint im Verlage des Deutschen Textilarbeiterverbandes eine Broschüre, die den Krefelder Färberkampf in allen seinen Phasen schildern wird. Der Streik dauerte vier Monate und kostete rund 600 000 Mark.

Das Berichtsjahr erbrachte insgesamt für 5885 (im Jahre 1912: 16 651) Beteiligte 7148 (4967) Stunden Arbeitsunterstützung pro Woche, und für 22 144 (36 558) Beteiligte wöchentlich 25 741 (43 179) Mark Lohnzulage. Für 1300 Beteiligte wurden sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erzielt. Das Unterstützungswesen zeigt folgendes Bild. Es wurde ausgegeben:

	im Jahre 1912	1913
für Streikunterstützung	708 066 Mk.	896 977 Mk.
für Wohnregelung	48 276 Mk.	91 050 Mk.
für Rechtschutz	11 024 Mk.	11 802 Mk.
für Reiseunterstützung	41 426 Mk.	54 826 Mk.
für Umzugsunterstützung	13 784 Mk.	18 804 Mk.
für Krankenunterstützung	366 447 Mk.	423 214 Mk.
für Arbeitslosenunterstützung	141 631 Mk.	310 845 Mk.
für Notunterstützung	10 203 Mk.	15 598 Mk.
für Sterbeunterstützung	17 221 Mk.	17 645 Mk.
in Summa:	1 358 678 Mk.	1 835 421 Mk.

Die Ausgaben für Unterstützungen haben sich also um 449 743 Mark gesteigert. Für Kampfzwecke waren 231 685 Mark mehr nötig, während für die übrigen Unterstützungen 218 058 Mark mehr erforderlich waren; die Arbeitslosenunterstützung erforderte mehr als den doppelten Betrag. Trotz der ungünstigen Geschäftslage im Gewerbe weist die Mitgliederzahl noch eine kleine Steigerung auf; sie stieg von 140 214 im Jahre 1912 auf 141 484 im Jahre 1913.

— **Streik der Drahtarbeiter in Hannover.** Die in den hannoverschen Drahtwarenbetrieben beschäftigten Nadler, Drahtflechter, Schlosser und Hilfsarbeiter haben am 20. April die Arbeit eingestellt. Für die Branche besteht seit dem Jahre 1905 ein Tarifvertrag. Der letzte Tarif ist seit dem 1. April abgelaufen. Eine neue Vorlage wurde den Firmen schon Ende Januar zugestellt. Die Firmen haben darauf, wie auch auf die weiteren Zuschriften des Metallarbeiterverbandes, nicht geantwortet. Auch die Versuche der Arbeiter, durch Kommissionen eine Verständigung herbeizuführen, scheiterten an der ablehnenden Haltung der Unternehmer, die schließlich erklärten, daß sie einen Tarifvertrag überhaupt nicht mehr abschließen und die Löhne nach eigenem Ermessen festsetzen wollten. Es sind dann nach dem 1. April auch neue Arbeitskräfte unter den bisherigen Tariflöhnen entlohnt worden. Deshalb die Arbeitseinstellung. Zugang nach den Betrieben ist fernzuhalten.

— **Tariffdifferenzen im Rathenower Schuhgewerbe.** Die Schuhmachergehilfen hatten am 1. April ihren dreijährigen Tarifvertrag, der am 1. Mai abläuft, gekündigt. Die Schuhmacher-Zwangsinnung hat nun in ihrer letzten Quartalsversammlung beschlossen, dem neu eingereichten Tarif ihre Zustimmung zu versagen und jede Verhandlung abzulehnen. Diese brüste Stellungnahme hat nun die Gehilfen veranlaßt, geschlossen die Kündigung einzureichen. Da somit die Möglichkeit einer Arbeitsniederlegung sehr wahrscheinlich ist, wird um Fernhaltung des Zugangs ersucht.

— **Vertreterwahl zum Versicherungsamt in Bremen.** Am Sonntag fanden in Bremen die Wahlen der Arbeitervertreter zu Beisitzern des Versicherungsamtes in Bremen statt. Das Wahlrecht wurde von den Vorständen der verschiedenen Krankenkassen ausgeübt. Es standen sich zwei Listen gegenüber, und zwar eine solche der vereinigten Vorstandsmitglieder der Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen und eine solche der Handelskrankenkasse, Klosterrasse usw. Die Anhänger der letzteren Liste arbeiteten mit den verwerflichsten Mitteln, man dürfe nicht den „sozialdemokratischen Einfluß“ stärken usw. Für diese Liste wurden 18 806, für die erstgenannte 48 746 Stimmen abgegeben; diese Liste erhält 7, jene 2 Vertreter und einen Ersatzmann beim Versicherungsamt.

Aus aller Welt

— **Verurteilung eines Desfranten.** Die Strafkammer in Nordhausen verurteilte den Rentanten Woss aus Niesfeld, der aus der fürstlich Wernigeröder Forstfasse 160 000 Mk. unterlagungen hatte, zu drei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust. Ein Mitschuldiger des Verurteilten, Sekretär Poppe in Wernigerode, hat sich seinerzeit erschossen.

— **Entsetzliches Unglück in der Berliner Gasanstalt.** In Berlin in der Danziger Straße ereignete sich auf der Gasanstalt Donnerstag kurz vor Arbeitsbeginn ein Unglück. An einem großen Heizofen waren mehrere Arbeiter beschäftigt. Der 53jährige Sierchala wollte den Ofen absperrern, als ein Behälter, ohne die Bremse anzuziehen, den Stempel herabfallen ließ. Der vierzig Jentner schwere Stempel fiel mit solcher Wucht auf Sierchala herab, daß dem Unglücklichen der Bauch aufgerissen wurde und die Gedärme hervorquollen. Das einzige Kleidungsstück, daß er anhatte — wegen der Hitze beim Arbeiten sind die Leute nur notdürftig bekleidet — brannte an, da Sierchala gegen den Ofen fiel. Der Verunglückte rief einem Arbeitskollegen zu: „Vieher Paul, grüße alle schön zu Hause!“ und verschied.

— **Festnahme eines Verbrechers.** Der vom Gericht in Stendal wegen Mordversuches und Raubes zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilte Willuse entflohen, als er 12 Jahre verbüßt hatte, aus der Irrenanstalt. Er soll in einem kleinen Hotel in Genf verhaftet worden sein.

— **Bereinskalender.** Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt. Bezirksversammlungen finden statt: Für den 3. Bezirk, Neufahrwasser am Sonntag,

den 20. April 1914, nachmittags 3 Uhr, in der Albrechtstraße 16. Für den 1., 2., 4., 5., 6., 8. und 9. Bezirk am Montag, den 27. April, abends 8 Uhr, in den bekannten Lokalen. Für den 10. Bezirk am Dienstag, den 28. April 1914, abends 8 Uhr im Vereinslokal.

Sozialdemokratischer Verein für Elbing und Umgegend.
Am Donnerstag den 23. d. Mts. starb nach längerem Leiden unsere Genossin, die Witwe
Auguste Borkowski
im 58. Lebensjahre.
Wir werden ihr Andenken stets in Ehren halten.
Die Beerdigung findet am Sonntag den 26. April nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause Brauerstraße 3 aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Oskar Schützmann
Destillation und Likörfabrik
Tischlergasse Nr. 67
Grogrum.

ACHTUNG!
50.000 Paar Schuhe
4 Paar Schuhe für nur
Mk. 8.50
Wegen Zahlungsunfähigkeit mehrerer grossen Fabriken wurde ich beauftragt, einen grossen Posten Schuhe tief unter d. Erzeugungspreis loszuschlagen. Ich verkaufe daher an jedermann 2 Paar Herren- und 2 Paar Damen-Schnür-Schuhe, Leder braun od. schwarz, galoschiert, Kappenbesatz mit stark genageltem Lederboden, hocheleg. neueste Facon, Grösse lt. Nr. od. cm. Alle 4 Paar kosten nur Mk. 8.50 Versandt per Nachn.
Erstes Schuh-Exporthaus
H. Zweig, Krakau, Ost. Nr. 179
Umtausch gestattet oder Geld retour. [297]

Hohen Melkenverdienst
f. jedermann d. neue leichte Handarbeit i. eig. Heim. Arbeit nehme ab u. zahle sofort aus. Muster u. Anteil g. Einf. v. 50 Pf. foto. Nachn. 30 Pf. mehr. Versandhaus J. Engelbrecht, Stadtdorf 144, b. München. [230]

Empfehle mein sortiertes Lager in
Cigarren, Cigaretten und Tabaken.
M. Schwabe, Paradiesgasse 5, 7. [271]

Achtung! Achtung!
Schweinefleisch
zu soliden Preisen, außerdem
Thüringer Blut- u. Landlebertwurst
Fleisch - Zentrale
Tischlergasse 41-42.
Soft neues Fahrrad
(m. Rücktritt-Bremse) billig z. vert. u. Offerte Volkswehr, Danzig. [274]

Spitzenwäsche
Stickereien, Gardinen, Waschseide sowie alle zarten Stoffe, die keine rauhe Behandlung beim Waschen vertragen, werden vollkommen rein, blendend weiss und wie neu durch
Persil das selbsttätige Waschmittel
wäscht von selbst, ohne Reiben und Bürsten, daher grösste Schonung des Gewebes. Bester Ersatz für Rasenbleiche.
Überall erhältlich, niemals lose, nur in Original-Packung.
HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Auch Fabrikanten der allbekannten **Henkel's Bleich-Soda.**

Goldene 10 Breitgasse 10
Ecke Kohlengasse.
Frühjahrs-Moden
Frühjahrs-Paletots und -Ulster in modernen Stoffen und sauberer Verarbeitung 48, 45, 40, 38, 35, 30, 28, 22, 19.50, 15 Mk.
Hochmod. Jackett-Anzüge ein- und zweireihig 52, 48, 42, 39, 35, 33, 28, 25, 22, 20, 18, 15 Mk.
Burschen-Anzüge in modernen Stoffen 32, 29, 27, 23, 18, 16, 12, 10, 7.90 Mk.
Einsegnungs-Anzüge in schwarz und blau; ein- und zweireihig von 38 bis 8.50 Mk.
Knaben-Stoffanzüge in Blusen-, Joppen-, Kieler- und Prinz Heinrich-Form von 2.95 Mk.
Einzelne Stoffhosen 14.25, 12, 10, 8, 6, 5, 4, 3, 2.90, 2.55, 1.95 Mk.
Gummimäntel — Wetterkragen
Leinen- und Lodenjoppen in grosser Auswahl
Grosses Stofflager zur Massanfertigung und Verkauf
Herren-Artikel in grosser Auswahl
Anzüge, Paletots und Hosen für korpulente und schlanke Herren in grosser Auswahl
Goldene 10 Breitgasse 10
Ecke Kohlengasse.
Feste Preise!

Herren-, Jünglings- und Knaben- Garderoben
kaufen Sie am vorteilhaftesten bei
W. Riese, Breitgasse 127.

Arthur Dahlmann
Telef. 433 **Danzig-Langfuhr** Telef. 42
Hauptgeschäft Hauptstrasse 56.
Filiale Hauptstrasse 27 Filiale Neuschottland 16-17.
en gros „Zur weissen Hand“ en detail
Mehl- und Fourage-Handlung
Lager sämtlicher Hülsenfrüchte, Graupen, Grützen, ferner sämtliche
Fettwaren, Marmeladen und Honig
Kartoffel Hefen-Verkauf Kartoffel

Echt garantiert reingekachelt
Schnupftabak
aus erstklassigen Kentuckyblättern empfiehlt die Schnupftabakkachele
Julius Gosda, Danzig
Rohtabakhandlung,
Häkergasse 5, II. Priestergasse Nähe M. dararkthalle.

Bei **Ed. Michaelsons Ww.** Neufahrwasser **kauft Schuhe und Stiefel jeder Art am billigsten und besten.**
Ollvaerstr. 66 man

Feder
Holzmarkt
27-28
Möbel
jeder Art
kulant
auf Kredit

Schneidig kleiden Feder!

Nur 3 Mk.

brauchen Sie
zur Anzahlung

wenn Sie haben wollen irgend eine
Neuheit in Frühjahrsmoden

Damen-Kostüme
Damen-Paletots
Damen-Mäntel
Damen-Jacketts
Kostüm-Röcke
Elegante Blusen

Die Auswahl
ist eine ganz
entzückende
und grosse

von 18 Mk. an
12 „ „
14 „ „
12 „ „
8 „ „
3 „ „

Herren-, Knaben- u. Konfirmanden-Anzüge u. Paletots v. 18 Mk. an

Neu eingetroffen:
Kinder-, Sport- und Liegewagen
erstklassige Fabrikate Anzahlung von 3 Mk. an

Deutscher Bauarbeiterverband
Zweigverein Danzig.
Dienstag den 28. April 1914,
abends 7 1/2 Uhr
im Lokale des Herrn Steppuhn, Schildstr.
Generalversammlung.

Tagesordnung.

1. Bericht vom 1. Quartal.
2. Bericht.

**Der Kapitalismus im Kampfe
gegen die Gewerkschaften.**

Ref.: Kolmar Wende, Bromberg.

3. Kartellbericht und Reueicht der Delegierten.
4. Aufstellung von Kandidaten zum Gewerkschaftspräsidenten.
5. Verschiedenes.

Der vorstehende Tagesordnung wegen ist es Pflicht aller
Mitglieder in dieser Versammlung zu erscheinen

Der Zweigvereinsvorstand.

J. H. A. Freder.

Kranken- und Sterbekasse „Die treue Selbsthilfe“

Gründet am 25. September 1891.
Bureau: Franzengasse Nr. 10, part.

Generalversammlung

am Sonntag den 26. April 1914, nachmittags 3 Uhr, im
großen Saal des Gewerbehause, Heilige Geistgasse 22, Eingang
Südostseite.

1. Bericht vom 1. Quartal.
2. Bericht vom 2. Quartal.
3. Bericht vom 3. Quartal.
4. Bericht vom 4. Quartal.

Die Statuten des Vereins sind in der Versammlung zu lesen.
Für die Statuten und die Mitgliedschaften sind nur gegen
Bauschein und Mitgliedsbeitrag zu zahlen. Der Mitglieds-
beitrag ist am 1. April 1914 zu zahlen.

Der Vorstand.

C. E. H. Barthel, Vorsitzender.

Fahrräder
Sprechmaschinen
gegen bar und auf Teil-
zahlung
Schallplatten
in grosser Auswahl
Reparaturen schnell und
billig
Fahrräder von 60 bis 180 Mk.
**A. Mein, Fahrrad-
Handlung**
Danzig, Breitgasse Nr. 113.

Karl Kantsch: Der Weg zur Macht.
Buchhandlung Volksmacht, Paradiesgasse 32.

Komm zu mir! Ich borge Dir!
Robert Schulz, Danzig
Schüsseldamm 56, 1 Treppe
Filialleiter
der Firma **Jonas & Co.** G. m. b. H., Berlin
Gegründet 1889
Grosses Lager i. Geschenkartikeln, Musik-
instrumenten jed. Art, Sprechmaschinen,
photograph. Apparate, Haarschneide-
maschinen, Rasierapparate u. Messern
100 000 Kunden
Uhren, Gold- und Silberwaren
auf Teilzahlung ohne Anzahlung, Monatsraten von 2.00 Mk. an,
bei Barzahlung 10% Rabatt. Kein Laden, 1. Etage

Alle Stiefelgeschäfte, Led., Wachs- u. Wachstuch-
abfälle m. gef. Johannisg. 14. [275] Wegen Todesfall Tischlerhand-
werkzeug 3. verk. Schiffschiff 11.

Eibing

Otto Gland, Schuhmacher
Eibing, Leichnamstrasse 152
empfiehlt allen Damen- und Gewerkschafts-Genossen seine
Maß- u. Reparatur-Werkstätte
zu geringen Preisen.
Gute Haltbarkeit, saubere Arbeit, billige Preise.

Sinalco!

Das in Qualität und Um-
satz führende alkoholfreie
Erfrischungsgetränk!
Andreas Thiel

Fernsprech-Anschluss 377 Eibing Fernsprech-Anschluss 377
Allein-Vertrieb für Eibing und Umgegend.

Buchhandl. Volksmacht.
Paradiesgasse 32.
Vorwärts-Bibliothek.
Jeder gut gebundene Band 1 Mt.
Das Land der Zukunft.
Reisebeschreibung für die reifere
Arbeiterjugend von Leo Kollisch
Mit Einleitung von P. Göhre.
Göhre schreibt in seiner Einlei-
tung unter anderem: „— Da
ist keine Seite, die langweilig zu
lesen wäre. Von Anfang an packt
er uns, von Seite zu Seite wird
er interessanter. Immer lebendiger
steigern sich die Erlebnisse, immer
hingerissener hören wir ihm zu.
Kein überflüssiges Wort; kurz,
schneidig, packend, klar steht alles
vor uns. So geht denn dieses
eigenartige Büchlein seinen Weg
zu unserer heranreifenden deutschen
Proletarierjugend. Wenn aber ein
Älter es in seine Hände bekommen
und durchblättern wird, so wird
auch er wieder jung werden beim
Lesen und von seinem Inhalt nicht
weniger gefesselt und hingerissen
sein, wie ein Junger.“
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volksmacht
Danzig, Paradiesgasse 32.

F. Kuhn, Wasserstr.
Nr. 80,
empfiehlt sein
Hut- und Mützensgeschäft.

Central-Theater

Eibing, nur Brückstr. 15

Von Sonnabend bis Dienstag

Größe und Verfall

Großes, gemaltiges Drama in
4 Akten.

Ohne Preisauflage.

Dazu

Hinter den Grenzpfählen

Spannendes Drama.

Mag als Langlehrer in Berlin
Größter Lachschlager der Saison.
Karoline als Brautjungfer
Christian als Lotteriegewinner
Möbliert. Zimmer zu vermieten
Das Geheimnis des Eies
Jüdische Wochenschau usw.

übersteigen. Sogenannte Sterbe- und Begräbniskassen fallen in der Regel unter eine Versicherung auf den Todesfall.

Der angeklagte Diktator.

Stadtrat Dumont, der inzwischen glücklich gegangene Diktator der Allgemeinen Ortskrankenkasse, verschaffte sich nicht bloß den Ruhm, gegen den Genossen Bartel den ersten Inquisitionsprozeß nach Paragraph 24 der famosen Reichsversicherungsordnung eingeleitet zu haben. Er, der amtliche Hüter der Vertrauenswürdigkeit, betätigte sich auch direkt gegen Bartel absolut neutral und ohne Voreingenommenheit. Als der Vorstand der Krankenkasse „Die treue Selbsthilfe“ die Uebnahme Bartels als Angestellten der Ortskrankenkasse beantragte, verhinderte Dumont sie, wie unsere Leser wissen, auf eine für anständige Menschen unschätzbare Weise. Ohne Wissen des Angegriffenen und ohne den geringsten Bemerkens behauptete der freisinnige Herr, daß Bartel seine Stellung als Vorstandsmitglied der Ortskrankenkasse mißbraucht habe, um den Geschäftsführer Dr. Schmidt an einem Referat in einer „nationalen“ Versammlung der Zentrumschristen zu hindern. Diesen hinterhältigen Angriff leistete sich derselbe Mann, der den Genossen Bartel schon deshalb als vertrauensunwürdig gewaltig aus dem Vorstande entfernt wissen wollte, weil er einige Artikel der Volkswacht gegen ihn veranlaßt haben sollte. Der Vornehmheit und unparteilichen Gerechtigkeit der „nationalen“ Vorstandsmitglieder genügte dieser Ueberfall, um Bartel einstimmig abzulehnen! Darüber hinaus suchte man dem Angegriffenen sogar die Verteidigung dadurch unmöglich zu machen, daß man diese Verhandlung für „vertraulich“ erklärte.

Nun wendete Bartel, gegen den der Inquisitionsprozeß noch schwebt, sich zu seinem Schutz an das Versicherungsamt. Er ersuchte dieses, Dumont zu veranlassen, daß er seine ehrenrührige Anschuldigung beweise oder aber sie zurücknehme.

Um diesen skandalösen Fall richtig zu beleuchten, muß noch hervorgehoben werden, daß Dumont seinen Antrag auf zwangsweise Entfernung des Genossen Bartel garnicht mit der im geheimen behaupteten Einstellung auf Dr. Schmidt begründet hat! Die einzig wirklich vertrauensunwürdige Handlung schaltete der Diktator selbst aus der Anlage aus! Diese mußte allerdings im Lichte des Tages erhoben und konnte nicht in einer vertraulichen Versammlung verheimlicht werden!

Das Versicherungsamt hat nun die Beschwerde des Genossen Bartel zurückgewiesen, jedoch nur aus einem rein

formellen Grunde. Es behauptet, unterzeichnet hat Bürgermeister Dr. Ball, daß es sich bei dem Vorgehen Dumonts um eine persönliche Angelegenheit handle. Deshalb könne es nicht eingreifen, weil ihm dazu die Reichsversicherungsordnung in den Paragraphen 30 bis 34 kein Recht gäbe.

Diese Entschelbung ist zwar zu herrlich satirisch, aber sonst absolut unbegreiflich. Persönlich war das Vorgehen Dumonts höchstens insofern, als er, wie es garnicht anders möglich war, sich dessen schuldig machte und sich gegen die Ehre eines andern aufs schwerste verging. Seine Handlung war aber, und darauf kommt es in diesem Zusammenhange allein an, eine grobe Verletzung seiner Amtspflichten. Diese zu sühnen, was das Versicherungsamt unbedingt verpflichtet, und deshalb auch berechtigt. Eine persönliche Angelegenheit, deren Austragung Bartel allein anging, lag schon deshalb nicht vor, weil der unglaubliche Angriff absichtlich vor ihm durch die extra beschlossene „Vertraulichkeit“ verheimlicht wurde. Allerdings war Dumont der Vertrauensmann des Versicherungsamtes. Dieser Umstand durfte es aber niemals hindern, der Stellungnahme gegen ihn aus dem Wege zu gehen. Schließlich ist die Entscheidung in ihrer Art doch eine Verurteilung des nationalen Diktators, die auch formell nicht treffender sein könnte.

Oder aber...

Eine neue Sprachdummheit ist jüngst aufgetaucht und machte natürlich glänzende Schule. „Die Frauen und Mädchen werden gebeten, entweder Hüte ohne Rand aufzusetzen oder aber den Hut in der Kirchenbank abzunehmen.“ — „... Unterschied, ob man für sie arbeitet oder aber für andere Leute um Lohn.“ — „Eine Ausfahrt oder ein Spaziergang oder aber ein Ritt durch den Tiergarten...“ — „Jedenfalls altes, kleines Gasthaus, oder aber die Wirtschaft, die du gewöhnlich besuchst.“ — „... den Störer der parlamentarischen Ordnung vornehm zu ignorieren oder aber Gewalt anzuwenden zu lassen.“ — „... ob er nur eine Mark oder aber mehr zu bezahlen habe.“ — „in Hypotheken oder aber in Staatspapieren anzulegen.“ — „wo das nackte Felsgestein offen am Tage liegt oder aber in mächtigen Wäldern die Erde bedeckt.“ — Auch neue Sätze fängt man schon an: „Oder aber wir gehen einer allgemeinen Zerkürung entgegen.“ — Und so oder aber es sich heute allenthalben; ein alleinistehendes „oder“ findet man kaum mehr. Was das „aber“ bezwecken soll, ist nicht klar; überflüssig ist es überall, ebenso wie „auch“, das man ebenfalls immer häufiger neben „oder“ findet. Also weg

mit dem Aber und dem Auch! „oder“ allein genügt vollkommen.

Aus der Partei

Der beleidigte Amtsvorsteher. Einen Monat Gefängnis erhielt der verantwortliche Redakteur Genosse Franz von der Schleifischen Bergwacht in Waldenburg. In unserem schleifischen Parteiblatt war behauptet worden, der Amtsvorsteher des Breslauer Landkreises habe einem sozialdemokratischen Zeitungsfotoposteur eine ehrenrührige Frage vorgelegt. Der Amtsvorsteher bestritt diese Aeußerung unter seinem Eid und infolgedessen erfolgte die Verurteilung. Charakteristisch für das Vorgehen gegen die Bergwacht ist, daß der Amtsvorsteher nicht gegen das Blatt Strafantrag gestellt hat, das dieselbe Nachricht zuerst brachte.



TUTUL SCHUHFABRIK
ALFRED FRÄNKEL COM.GES.
VERKAUFSSTELLE

[22] **DANZIG**
LANGGASSE 82

20000 PAAR WOCHENPRODUCTION.

TUTUL SCHUHE SIND DAS
ANERKANNT BESTE FABRIKAT
IN QUALITÄT u. AUSFÜHRUNG BEI
UNERREICHT BILLIGEN EINHEITSPREISEN.

JEDES PAAR HERREN & DAMENSTIEFEL
SPECIAL MARKE **675**



130 EIGENE FILIALEN.

Diese Preise haben nur bis zum Feste Gültigkeit!

Neueste Damen-Kostüme

Damen-Jacketts schwarz und farbig
von 14 Mk. an
Kostüm-Röcke, Sport-Röcke
von 8 Mk. an

Damen-Paletots in allen Weiten
von 15 Mk. an
Blusen in Wolle, Batist, Seide
von 3 Mk. an

Herren- und Knaben-Anzüge
und Paletots von 18 Mk. an

Anzahlung nur **3** Mk.

Kulant auf
Kredit,
billig gegen
bar.

Frühjahrs-Neuheiten
für Damen und Herren

Wochen-
rate
1
nur 1 Mk.

schon von **3** Mk. Anzahlung an

M. Grau Kredithaus
Danzig, Holzmarkt 3-4, Partiers, 1.-III. Etage, Fahrstuhl.
Sport- und
Kinderwagen
Anzahlung **3** Mk.

Sonnabend beginnt in allen Abteilungen des Hauses unser

Außerordentlich
vorteilhafte
Angebote in fast
allen Abteilungen
des Hauses!

Grosser Sonder-Verkauf!

Eine Veranstaltung größten Stils!

Beachten Sie bitte
die Sonderauslagen
in unseren
20 Schaufenstern
und Schaukästen!

Kleiderstoffe

Blaugrüne Schotten	95	Mk.
reine Wolle, schwere Qualität Meter		
Schwarz-weiße Karos	195	Mk.
in farb. Überkaros, ca. 110 cm br. Meter		
Cotelé	135	Mk.
zwei farbig, doppelt breit, Meter		
Cotelé	165	Mk.
abwärts Farbensortiment, reine Wolle, Meter		
Kammgarne	195	Mk.
grosses Farbensortiment, ca. 105 cm breit, Meter		

Kleiderstoffe

Crepe	95	Mk.
prima Ware, elegante Partefarben, Meter		
Eolonne Jaquard	390	Mk.
hochleg. baded. Gewebe, ca. 110 cm br. Meter		
Eolonne	245	Mk.
nied. breites Gewebe, ca. 100 cm breit, Meter		
3 Serien elegante Blusenstoffe	95	Mk.
1.95 1.25 Mk.		
Kostümstoffe	195	Mk.
eine schwere Qualität, 130 cm breit, Meter		

Wäsche, Schürzen

Damen-Hemden	125	Mk.
aus gutem Reinleinen, hochbaum und Langue, Paar		
Damen-Hemden	150	Mk.
a. starkkl. Hemdentuch mit handgestickter Madeira-Passe		
Prinzeß-Unterröcke	475	Mk.
mit eleg. Stickerei, Volant und Banddurchzug		
Untertaillen	95	Mk.
mit guter Stickerei reich garniert		
Blusen-Schürzen	78	Mk.
a. guten waschecht. Stoff mit türkischer Borte garniert		
Blusen-Schürzen	110	Mk.
aus prima Stoff, mit eleganter Borte, gut sitzende Form		
Tee-Schürze	75	Mk.
aus dunklem Satin, sehr reich mit Spitze garniert		
Tee-Schürze	85	Mk.
weiss, ganz aus Stickereistoff		

Damen-Putz

Champ. od. weisser Baschut	750	Mk.
mit Laubranke u. Bandschluppen-garnitur		
Jugendlicher Damenhut	550	Mk.
seitwärts Aufschlag mit Rosen-ranke, hinten breite Samtschleife		
Moderne Backfischglocke	595	Mk.
mit gestreift. Seidenbandschleife od. voll. Rosette, in versch. Farben		
Champ. Spitzenhut	850	Mk.
mit Filzterranke u. voller Seiden-bandrossette garniert		
Schwarze Straussfedern	1575	Mk.
vorzügliche, breite Halmware, 25 cm lang, 25 cm breit		
Halblange Amazonen	1000	Mk.
gute Qualität, tiefschwarz, 45 cm lang, 22 cm breit		

Moderne Waschstoffe

zu beispiellos billigen Preisen.

Crepon	In modernen Farben	Meter	48	Pf.
Crepon	milie fleurs	Meter	55	Pf.
Voiles	entzuckende Dessins	Meter	95	Pf.

Damen-Konfektion

Kostüm-Röcke	aus farbigen Stoffen mit nobler Verzierung	165	Mk.
Wasch-Unterröcke	aus gestreift. Stoffen mit Volant	95	Pf.
Tuch-Kimonos	in verschiedenen Farben	975	Mk.
Kostüme	aus verschiedenen farbigen Stoffen, 2. 7. auf Seidenserge	975	Mk.
Schwarze Jacken	aus gutem Kammgarne auf Futter	1075	Mk.
Musseline-Kleider	aus reinwollenen Stoffen in hübschen Mustern, versch. Macharten	1075	Mk.
Mäntel und Jacken	aus gutem, schw. Tuch, auch für starke Damen vorrätig	1850	Mk.
Matinees	aus gutem Crepon, in vielen Farben, Geisha-Fasson	145	Mk.
Matinees	aus gut. Creponstoffen in verschied. hübschen japanischen Dessins (Geisha-Form)	270	Mk.
Morgenröcke	aus guten Creponstoffen in sehr kleidsamen japan. Farben	590	Mk.

3 Serien Blusen aussergewöhnlich preiswert!

Bluse	aus Popelinstoffen, reine Wolle, versch. Farben, mit Passe u. Knopfgarnierung	195	Mk.
Bluse	aus reinwollenem Crepe u. Popelinstoffen, jugendliche Modem, Parsons	295	Mk.
Bluse	aus karierten u. einfarbigen Stoffen, sehr niedlichen Macharten	475	Mk.

Handschuhe, Strumpfwaren und Sommer-Unterzeuge

Damen-Handschuhe	imitiert Leinen, in allen modernen Farben, Paar	40	Pf.
Damen-Handschuhe	mercerisiert, 2 Druckknöpfe, schwarz und alle modernen Farben, Paar	75	Pf.
Damen-Handschuhe	prima Leinen, 2 Druckknöpfe, in den modernen Farben, Paar	95	Pf.
Herren-Handschuhe	bester Leinenersatz, mit Druckverschluss, in allen Farben vorrätig, Paar	75	Pf.
Damen-Strümpfe	engl. lang, halbdurchbrochen, schwarz und leder, Paar	45	Pf.
Herren-Schweißsocken	für empfindliche Füße, Paar 43 und	18	Pf.
Herren-Socken	einfarbig, Ringel und gestreift, auch bestickt, in guten Qualitäten, Paar	38	Pf.
Damen-Directoire-Beinkleider	in allen Farben, Paar 95 und	75	Pf.
Damen-Hemd hose	(Kombination) gestrickt, mit und ohne Einsatz, 1.25 Mk. und	95	Pf.
Herren-Hemden	gute, solide Makkogewebe, mit Achsel- und Vorderschluss	125	Mk.
Herren-Hosen	gute, solide Makkogewebe	120	Mk.
Kinder-Sweater	mit Ausschnitt und Halbärmel	58	Pf.

Zum Aussuchen	Gewaltige Posten
Damen-Strümpfe	
bestehend aus nur vorzüglichen Qualitäten, Makko, Fior, Musseline etc., mit verstärkter Sohle u. Hochferse, schwarz u. in allen modernen Schuhfarben, Paar	75 

Gebr. Freyemann

G.m.b.H. - Danzig - Kohlenmarkt 27-29.

Sensationell!
Ca. 2000 Stück
Silber-Artikel
Herren-, Damen- und Kinder-Ringe, Nadeln, Broschen, Messer und Manschettenknöpfe
Serie I 68 Serie II 95 Pf.

Möbel

auf Kredit.

Kompl. Einrichtungen.

1 Beispiel:

Wochenrate 175 nur 1 Mk.

- 1 Sofa
- 3 Stühle
- 1 Ausziehtisch
- 1 Spiegel
- 1 Kleiderschrank
- 1 Kommode
- 1 Bettstelle
- 1 komplette ein-fache Küche

Mietung direkt und frunk jeder Station.

Einige Küche

8 Mark Anzahlung

Garnitur

von 10 Mark

Anzahlung

Sofa-Soja

von 5 Mark

Anzahlung

Umbau-Soja

von 5 Mark

Anzahlung.

Einzel Möbel

3 Mark Anzahl.

Auf Kredit! Hochkulant!

Gegen bar! Sehr billig!

Aeltestes Kredithaus Danzigs

M. Blumenreich Nachf.

Danzig

Breitgasse 15, Part., I., II., III. Etage.

Eiserne Betten

Kinderbetten

3 Mk. Anzahlung

Kinder- und Sportwagen

3 Mk. Anzahlung

Garderobe

Anzahlung 300

von 3 Mk. an

neueste

Damen-Kostüme

-Jacketts

-Paletots

-Blusen

-Röcke

Herren- u. Knaben-

Anzüge u. Paletots

Kleiderschrank

v. 29 Mk. an

Vertiko

v. 34 Mk. an

Küchenschrank

v. 23 Mk. an

Plüschsofa

v. 39 Mk. an

Tische

v. 7.75 Mk. an

Stühle

v. 2.50 Mk. an

Büfette

v. 125 Mk. an

Kompl. Küche

von 54 Mk. an